

09.10.2006

Wahlforschung

- Wählerrends: national sowie international im Vergleich
- Wahlkampfforschung: insbes. in den Wochen vor der Wahl; beachtet werden dabei v. a. Faktoren, welche das Wählerverhalten prägen sowie verschiedene Themenlagen und Diskussionen
- Dynamik der Entscheidungsfindung: Wie kommt es zur Wahl?
- Was resultiert aus dem Wahlergebnis? Gibt es inhaltliche Kurswechsel? etc.
- Wahlsystemforschung

Nationalratswahl 2006

Voraussagen. Das Ergebnis wurde von keinen Instituten der Meinungsforschung vorausgesehen.

Desinteresse. Der Wahlkampf 2006 wurde als relativ uninteressant empfunden. Gründe für dieses Desinteresse waren möglicherweise die behandelten Themen.

Umfragewerte. Insges. 12 bundesweite telefonisch durchgeführte Umfragen innerhalb der 8 Wochen vor der Wahl: In der ersten Augustwoche waren 17 % der Befragten interessiert – dieser %-Satz ist bis zum Ende des Wahlkampfes noch leicht angestiegen. Durch die Septemberwerte war allerdings absehbar, dass die Wahlbeteiligung niedrig sein wird (unter 80 %)

BAWAG. Obwohl der Wahlkampf z.T. im Schatten des BAWAG-Skandals stand fiel das Ergebnis anders als erwartet aus: Vor März 2006 war die SPÖ auf der Beliebtheitsskala mehr als 1,5 Jahre konstant um 5 – 10 % vor der ÖVP. In den Wochen nach Bekanntwerden des BAWAG-Skandals verlor die SPÖ ca. 6 – 8 % ihrer potentiellen Wähler. Trotzdem gelang es der SPÖ bei der Nationalratswahl noch vor der ÖVP zu liegen – dies besagt, dass das BAWAG-Thema wahlpolitisch überschätzt wurde.

Ausländerpolitik. Der Politikbereich der Immigration bzw. Zuwanderung wurde im Laufe des Wahlkampfes immer entscheidender und hatte eine stark polarisierende Wirkung. Die Wahlrelevanz stieg beispielsweise bei Wechselwählern von 13 auf 40 %.

Entscheidungssicherheit. Der Wahlkampf dient in erster Linie dazu, die persönliche Entscheidungsfindung zu unterstützen. Umfragen ergaben, dass sich im August bereits 31 % der Befragten ganz sicher waren – diese Zahl stieg bis zum Wahlkampfe auf 61 %; die Zahl der völlig unsicheren Befragten sank dagegen von 14 auf 5 %.

Zeitpunkt der Wahlentscheidung

Spätentscheider. Immer höher wird der Anteil der Spätentscheider – 1979 waren es noch 9 %, jetzt sind es bereits 24 %. Dies drückt aus, dass die Belastbarkeit der Parteibindung abgenommen hat. Dabei wurden jedoch nur Wähler befragt – die Nichterfassung von Nichtwählern erlaubt daher keinen direkten Vergleich mit statistischen Wählerstromanalysen. Besonders die ÖVP war offenbar von der stark gesunkenen Wahlbeteiligung überdurchschnittlich stark betroffen.

Wechselwähler.	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>FPÖ</u>
2002	48 %	36 %	6 %
2006	15 %	24 %	17 %

Wählerdynamik & Wählerströme. Für die Erhebung der Wählerströme gibt es zwei Möglichkeiten: a) eine tatsächliche Wählerstromanalyse (d.h. eine mathematisch-statistische WSA), b) Ergebnisse aufgrund von Wahltagsbefragungen (dabei werden jedoch nur Wähler aber keine Nicht-Wähler befragt und es kommt zu einer statistischen Unschärfe, die bei kleinen Parteien 3 – 5 % ausmachen kann). Beispielsweise haben ÖVP-Wähler 2006 häufiger als SPÖ-Wähler die FPÖ gewählt und es gibt eine ungleich stärkere Abwanderung der Wähler der ÖVP an die SPÖ als umgekehrt.

Wahlverhalten und soziodemographische Gruppen

Soziodemographische Gruppen. Wer hat wen gewählt? Das zentrale Ergebnis der Analyse betrifft ein unterschiedliches Wahlverhalten hins. Altersgruppen, Geschlecht, Berufsgruppen, Bildungsstand, Union Votes und Sektoren der Berufstätigkeit.

Zentrale Beweggründe der Wahlentscheidung - Motive

- Persönlichkeit des Parteivorsitzenden,
- die Möglichkeit als stärkste Partei den Kurs vorzugeben,
- gute Leistungen in der letzten Regierungsperiode,
- Inhalte spezieller Politikbereiche (Sozial-, Umwelt-, Ausländerpolitik, ...)
- Tradition,
- Vertretung der eigenen Interessen,
- Verhinderung einer bestimmten Koalition

1. Elektoraler Wandel und empirische Wahlforschung

1.1 Zentrale Fragestellungen der empirischen Wahlforschung

Erklärung der Prozesse politischer Willensbildung

1. Analyse der **Modalitäten und Strukturen** des politischen Wettbewerbs (Wahlsystemforschung aber auch Schnittfläche zur Parteienforschung)
2. Analyse des **Wählerverhaltens**
 - a. Partizipation, Mobilisierung: Wahlbeteiligung und Frage der Nicht-Wähler
 - b. Struktur der Parteiwählerschaft: Wer wählt wen oder was?
 - c. Motive der Wahlentscheidung: Warum? + Motive der Nicht-Wähler
 - d. Determinanten der Wahlentscheidung: lokale, kommunale, religiöse, ... (lang-, mittel- und kurzfristige Entscheidungsfaktoren)
3. **Auswirkungen** des Entscheidungsergebnisses auf:
 - a. Regierungsbildung (u. mögliche Koalitionsvarianten)
 - b. Struktur des Parteiensystems
 - c. policies (bewirken Wahlen überhaupt etwas?)
 - d. Modalitäten und Strukturen des politischen Wettbewerbs
4. vergleichende Analyse **internationaler Trends** im Wählerverhalten (= komparative Wahlverhaltensforschung)

1.2 Situation der empirischen Wahlforschung

Positiva

- theoretisch und methodische eine der **fortgeschrittensten Disziplinen** der Sozialwissenschaften
- hochgradige **Professionalisierung** und **Internationalisierung**
- **interdisziplinäre** Ausrichtung
- außergewöhnliche Beachtung in der **Öffentlichkeit**

Negativa

- punktueller **Missbrauch** als politische **Technologie** (iSv funktionaler Beratungswissenschaft), da die Finanzierung meist über Parteien läuft
- ausgeprägte **Politiknähe**: keine politisch-ideologischen Präferenzen
- **Trivialisierung** der Erkenntnisse durch oberflächliche Berichterstattung in den Massenmedien: über komplexe Zusammenhänge wird einfach nicht berichtet
- Tendenz zur **Hyperfaktizität**, (punktueller) methodische **Sterilität** (Scientismus-Vorwurf)

- mangelnde theoretische **Kumulation**
- methodischer **Dogmatismus** (Schulen-Streit): unterschiedliche Erklärungsperspektiven
- außergewöhnliche **Kosten** der Forschungsprojekte (hoher Finanz-, Personal- und Infrastrukturaufwand)
günstigere Variante:
Übernahme von Aggregatdaten (= Daten der Wahlergebnisse);
für sozialwissenschaftliche Forschung entscheidend sind jedoch die Individualdatenanalysen (Repräsentationsbefragungen, Stichprobenbefragung, z.B. Wahltagsbefragung – 80.000 EUR netto;
Einbindung in Netzwerke, um an Daten zu kommen
- **Modell-Diffusität** angesichts „reaktiver“ und „unberechenbarer“ Wähler: je beweglicher das Wählerverhalten, umso schwieriger ist es, ein Wahlverhalten mit einer bestimmten Schule zu erklären

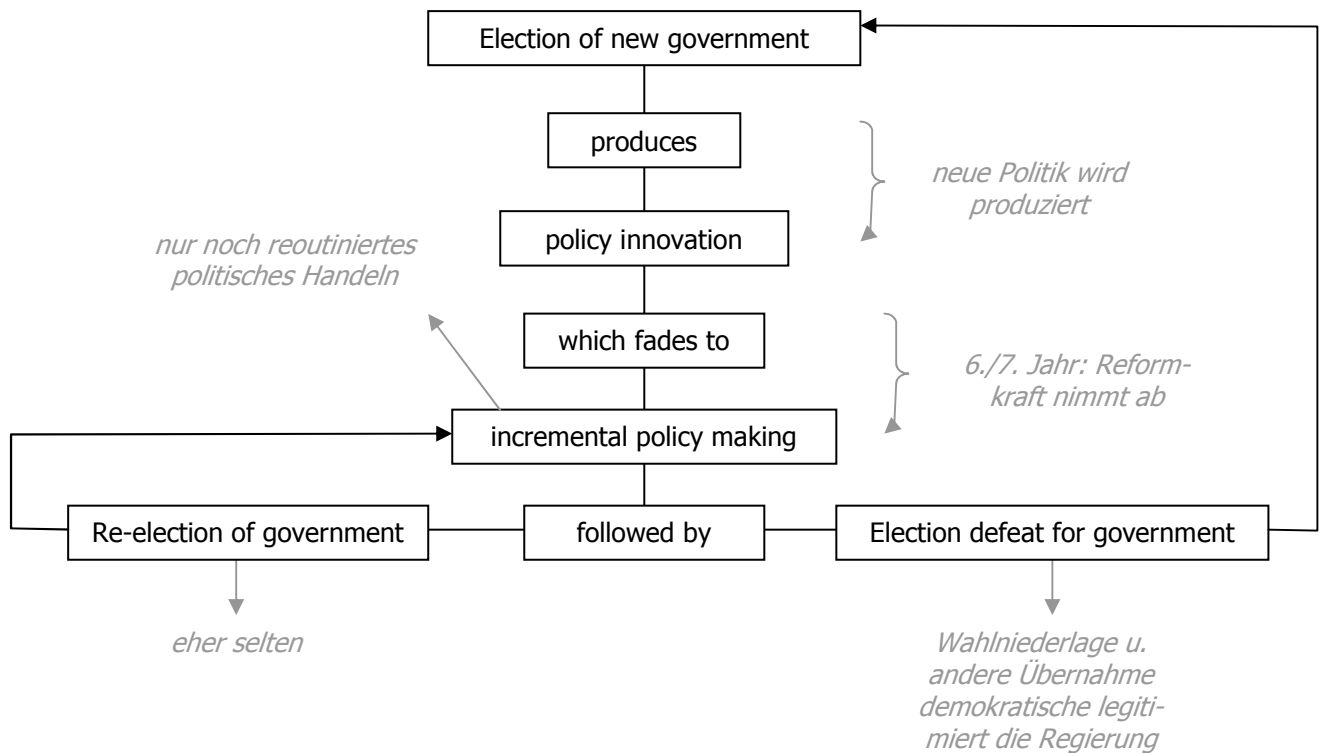
1.3 Funktionen der Wahl I

1. **Artikulationsfunktion**: politische Präferenzen, Erwartungen u. Forderungen
2. **Integrationsfunktion**
3. **Legitimationsfunktion**
4. **Machtzuweisungs-** und **Machtkontrollfunktion**
5. **Innovationsfunktion**: „eingebauter“ Innovationsbonus demokratischer Systeme

1.4 Funktionen der Wahl II

- **„bottom-up“-Funktion**: representation, choice of governance, popular influence on policies
- **„top-down“-Funktion**: Legitimation des politischen Systems, seiner Spielregeln und der politischen Eliten – rituell-symbolischer „Beschäftigungscharakter“ demokratischer Wahlen
- **„exchange“- bzw. Austausch-Funktion**: „elites gain authority in exchange for responsiveness to the voters“
- **Wahlen als Aggregation von policy-Präferenzen**: erwünschte Ermöglichung einer bestimmten Politik; z.B. Kontroverse „prospektives“ vs. „retrospektives“ Wählen bzw. Problem des „negative“-voting und Diskussion über den „Mandatscharakter“ von Wahlen -> „mandate for policies“ vs. „mandate to govern“

1.5 Wahlen und der policy cycle



1.5, 1.6 Klassifikation von Wahlergebnissen

A classification of competitive elections

1. Founding election

The result confirms the legitimacy of a new regime, acting as a referendum on democracy. These elections are often transnational in that the broad coalition which fights, and often wins, the founding election later falls apart.

Gründungswahlen: jeweils erste Wahl nach einem Regimewechsel (Demokratisierungsprozess) - hinterlassen tiefe Spuren, erste Linien werden vorgegeben; Bspl. Südafrika 1994, Österreich 1945

2. Realigning (critical) election

This changes the underlying strength of parties and redefines the relationships between parties and social groups. Full realignment, usually lasting for at least a generation, often takes places over two or three critical elections.

langfristige Neuorientierung der Wählerschaft die länger als 4 Jahre besteht – eine „politische Generation“ wird abgedeckt; Bspl. Wahl des US-Präsidenten Roosevelt 1932 (New Deal), Nationalratswahl Österreich 1970 (ca. 11 Jahre lang Mehrheit für die SPÖ)

3. Normal election

The result expresses the balance of long-term party loyalties in the electorate as a whole. The party leading in party identifications wins. Ex.: Democratic presidential election victories in the USA

4. Deviating election

The natural majority party loses the election due to shortterm factors, such as a faltering economy or an unappealing candidate.

Ex.: Republican presidential election victories in the USA

Abweichende Wahl: im Ergebnis ist nicht das eingetreten, was aufgrund der Parteiidentifikation erwartet wurde – kurzfristige Faktoren machten ein anderes Ergebnis sichtbar

5. Dealignment election

The major parties lose support but no new cleavage emerges to supplant the existing system. common in Western democracies.

Ex.: the British election of February 1974 in which the minority Liberals gained ground in a protest against the major parties

für Hauptparteien deprimierend, weil sie verlieren – Protestparteien nehmen Abwanderer der großen Parteien; Bspl.: fast alle Wahlen der 1990er

2. Wahlsysteme und Wahlbeteiligung

2.1 vergleichende Analyse von Wahlsystemen

Forschungsfragen u. Konzepte

- **Wahlrecht:** Grundsätze, Durchsetzung, Konsequenzen
- **Wahl- und Parteiensysteme:** Wirkung von Wahlsystemen auf Format u. Struktur des Parteienwettbewerbs
- **Parteienwettbewerb**
- **Wirkung einzelner Elemente der Wahlsysteme:** Wahlkreiseinteilung und –größe, single member vs. multi members districts, Sperrklauseln
- **Entscheidungsregeln:** Majorz (Mehrheitserfordernis), Proporz (Verrechnungsverfahren)
- Wirkung von **Mehrheitswahlsystemen vs. Verhältniswahlsystemen**
- **Wahlrechtsreform**
- **Wahlsysteme und Wahlbeteiligung**

2.4 Wahlsysteme in 191 Ländern

relative Mehrheitswahl	54 Länder	USA	
absolute Mehrheitswahl	2 Länder	Australien	handlungsfähige Regierungen, Koalitionsbildung beeinflussbar
single transferable vote	2 Länder	Irland, Malta	Kandidaten werden nummeriert
absolute Mehrheitswahl mit zweiter Runde	26 Länder	Frankreich	wer bei der 1. Runde nicht 50 % + 1 Stimme errungen hat, muss sich einer Stichwahl stellen
Verhältnisswahlsystem	64 Länder	alle westeurop. Länder exkl. FR, UK, IR, Malta	„Proporzwahlsystem“ – aufgr. verschiedener Eintrittshürden und Direktmandate – viele Varianten
gemischte Wahlsysteme	30 Länder	Japan, Mexiko	„Hybridwahlsysteme“ – Konjunktur in den 90er Jahren; die Vorteile verschiedener Systeme wurden kombiniert
weitere komplexe Mischformen		Ungarn	Kombination von abs. Mehrheitswahl, relativer Mehrheitswahl und listenbezogener Verhältniswahl
Blockvarianten		Chile	

23.10.2006

2.5 ausgewählte Konzepte der vergleichenden Wahlsystemforschung

Bias	wahlsystembedingte Verzerrungen der Repräsentation bzw. der Mandatschancen
Swing	durchschnittliche Veränderung der Differenz an prozentualen Stimmenanteilen zwischen zwei großen Parteien
Volatility	Summe aller Zugewinne/Verluste von Parteien eines Parteiensystems gegenüber der vorhergehenden Wahl
Proportionalitätsindex	nach R. Rose; Unterschiede zwischen Stimmenanteilen u. Mandatsanteilen; Wie fair sind Wahlsysteme?
Rae'scher Index	(index of fragmentation); Grad der Zersplitterung des Parteiensystems; zeigt, dass Wahlforschung aus Zulieferfunktion für Parteien hat!

2.6 Wahlbeteiligung 1945 – 2000 in ausgewählten Ländern

durchschnittliche Werte

Australien	94,6 %	} <i>Wahlpflicht</i>	→ <i>2002: 78,5 %</i>	→ <i>AUS: Sanktionen bei Verstoß gegen die Wahlpflicht – wird exekutiert (außer: best. Gründe)</i>
Belgien	92,6 %			
Österreich	92,1 %			
Schweden	86,1 %			
Deutschland	85,6 %			
United Kingdom	76,4 %			→ <i>großes Desinteresse bei Kongresswahlen</i>
Japan	71,3 %			
USA	55,8 %			→ <i>CH ist immer Schlusslicht – seit 1956 Zauberformel: Referendumsdemokratie (5 – 6 x pro Jahr) und wie BRegierung zusammengesetzt wird, ist festgelegt</i>
Schweiz	56,6 %			

Zwischen 1945 und 2000 ist die Wahlbeteiligung in 16 Nationen gesunken (darunter: Österreich, Frankreich, Deutschland, Schweiz, USA) und in 17 Nationen gestiegen (darunter: Schweden, Mexiko, Chile, Griechenland, Israel)

Nichtwähleranteile

1986	9,5 %	} <i>ein Trend ist zwar nicht linear, aber durchaus vorhanden Wettbewerbscharakter/Kontext einzelner Wahlergebnisse kann unterschiedlich sein (variiert Ergebnis nach oben od. unten) -> hat strukturelle und politische Gründe</i>
1990	13,9 %	
1994	18,1 % (Proteststimmung)	
1995	14 %	
1999	19,6 %	
2002	15,7 %	
2006	21,6 % (+ 1,3 ungültig)	

wichtiges Wahlforschungsfeld: Wahlenthaltung

Nicht-Wählerstudien durchzuführen ist schwierig – Bspl. viele Nicht-Wähler geben im Nachhinein an, doch gewählt zu haben und nur wenige deklarieren sich als Nicht-Wähler

2.7 Nicht-Wähler Nationalratswahl 2002

Mit 15,7 % an den Wahlberechtigten der dritthöchste Nicht-Wähleranteil seit 1949.

Anteil konstanter Nichtwähler liegt bei rund 10 %, d.h. dass rund jeder zehnte Wahlberechtigte zumindest bei zwei aufeinander folgenden Nationalratswahlen nicht zur Wahl ging.

Anteil mobilisierter (ehemaliger) Nicht-Wähler war 2002 rund 7 %.

Anteil demobilisierter Parteiwähler (Wechsel zur „Partei“ der Nicht-Wähler) betrug 2002 rund 2 % der Wahlberechtigten.

Insgesamt 67 % der Nicht- und Ungültig-Wähler 2002 sind auch 1999 der Wahl ferngeblieben (habitualisierte Wahlverweigerung)

2.8 Nicht-Wähler Typologie

1. situative Nicht-Wähler	3 – 5 % der Wahlberechtigten sind plötzlich durch irgendein Ereignis verhindert (Auslandsreisen, seit langem gebuchter Urlaub, Krankheit, ...) – ansonsten wären sie wählen gegangen
2. habituelle Nicht-Wähler	Personen, die Wahlen schon länger „verweigern“; diese Gruppe ist am problematischsten – Gründe: Entfremdung und Distanzierung von Bürgerpflicht? Legitimationsproblem?
3. konjunkturelle Nicht-Wähler	Wahlenthaltung aus Protest = strategisch = Legitimationsproblem!

2.9 Erklärungsansätze für Nicht-Wähler

De-Mobilisierungsthese

Immer mehr Personen sind nicht mehr integriert in die kommunikativen Beziehungen zu Parteien und es gibt weniger Lagerbindung. Bspl.: ORF-zentrierter Wahlkampf und weniger persönliche Gespräche.

Protestthese

Die Erwartungen an ein bestimmtes Output wurden härter und schärfer; oder erhöhte moralische Standards.

Normalisierungsthese

Einige Länder (wie Österreich) hatten in den Nachkriegsjahren eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung. Später wurden Wahlen zum „business as usual“ und es gab weniger hohe Beteiligungswerte.

alternative Substitutionsthese

Über den formalen Wahlakt hinaus gibt es noch andere attraktive oder sogar attraktivere Formen der politischen Partizipation.

Individualisierungsthese

Einerseits gibt es eine Abkehr von großen Organisationen, andererseits verlässt man sich mehr auf kognitive Ressourcen.

30.10.2006

Erklärungsversuche für Nicht-Wähler

Die Wahrscheinlichkeit für Nicht-Wähler steigt durch ...

- ... erodierte Parteibindung
- ... Milieuentstrukturierung
- ... Individualisierung
- ... gesellschaftliche Desintegration (Randposition in der Gesellschaft, soziale Marginalisierung, ...)

- ... politisches Desinteresse
- ... negative „Kosten-Nutzen-Bilanz“ (Opportunitätskosten: zeitliche, energetische, ... Kosten)
- ... soziale oder psychologische cross pressures (man will wählen gehen und hat auch eine Präferenz, aber im sozialen, beruflichen oder familiären Bereich gibt es cross pressures; Bspl. 70er Jahre: Arbeitsplatz in einem staatlichen Betrieb – z.T. sehr starker Druck)
- ... politische Enttäuschung, diffuse Parteien- oder Politikverdrossenheit (auch im Zusammenhang mit Anstieg; Enttäuschung über politisches Erscheinungsbild der Partei, die man früher gewählt hat und eine andere Partei will man einfach nicht wählen)
- ... Erosion der Wahlnorm – „politics by other means“ (generatives Problem: v.a. ältere Wählerschaft ist der Meinung „Wählen ist Bürgerpflicht“ – bei jüngeren Wählergenerationen ist diese Ansicht nicht mehr so stark vertreten; politics by other means: andere Aktivitäten sind attraktiver; formale Beteiligungsformen sind oft nicht so „authentisch“ wie andere Formen)
- ... Negativität der Wahlkämpfe (Wahlkampf wird zum „Kampf“ mit gegenseitiger Abwertung – dies ist besonders in Wahlkampfkulturen wie den USA sichtbar)

Zwei Modellebenen der Nicht-Wahl

- I. strukturelle Erklärungsansätze: Strukturierung, Individualisierung
- II. instrumentelle Erklärungsansätze: Nicht-Wahl wird zum intentionalen Protest (d.h. rational und bewusst überlegte Nicht-Wahl); finden sich v.a. i.d. Literatur

2.10 Faktoren, die die Teilnahme fördern

1. Wahlpflicht, deren Verstoß sanktioniert wird (Bspl. Australien)
2. Verhältniswahlsysteme: haben leicht höhere Beteiligungszahlen (Bspl. USA – Demotivationseffekt), allerdings werden dabei nur Verhältniswahlsysteme mit fairen Prozenzhürden angesprochen (nicht wie die Türkei mit einer Hürde von 10 %)
3. automatische Registrierung der Wahlberechtigten: wie in Österreich; in vielen anderen Ländern müssen sich Wähler eigens registrieren lassen (USA)
4. Erreichbarkeit der Wahllokale: z.T. problematisch (Bspl. Indien, aber auch USA)
5. Modalitäten der Stimmabgabe: je komplexer die Modalitäten, je weniger Wähler (Hemmschwelle)
6. Wahlen an arbeitsfreien Tagen: macht weltweit einen sehr großen Unterschied
7. Möglichkeit der Briefwahl: in Österreich gab es immer wieder parlamentarische Initiativen zum Briefwahlgesetz, bislang hat sich dies allerdings noch nicht durchgesetzt
8. Wahlen, die über die Zusammensetzung der Regierung entscheiden (Gegenbeispiele: Wahlen zum US-Kongress bzw. Wahlen zum europäischen Parlament): haben einen viel höheren Wähleranteil
9. Mobilisierungsstarke Parteien bzw. politische Organisationen: die Beteiligung ist auch zurückzuführen auf kommunikative Mobilisierung
10. Polarisierung der politischen Wettbewerbs: kompetitive Wahlkämpfe – je intensiver der Wahlkampf, desto höher die Chance auf eine hohe Wahlbeteiligung
11. mittlere Altersgruppen: Wähler zwischen 40 und 60 Jahren sind die involvierteste Gruppe
12. starke Parteibindung: v.a. wegen langfristiger od. traditioneller Identifikation
13. höhere Bildung: je höher die Bildung, desto wahrscheinlicher die Partizipation

14. höheres Einkommen
15. Kirchgangsfrequenz: desto höher diese Frequenz, desto regelmäßiger wird gewählt (95 %)
16. Gewerkschaftsmitglied
17. politische Interesse und Anteilnahme: ist die Hauptvariable!
18. soziale Wahlnorm
19. Civic Duty
20. Nutzung politischer Informationsangebote

2.11 Erklärungsfaktoren für die Wahlbeteiligung



Einteilung der Faktoren

Erklärungsfaktoren für die Wahlbeteiligung

sozioökonomischer Status	Bildung, Beruf, Einkommen
Werte und Normen	Geschlecht, religiöse Werthaltungen, Wahlnorm
soziopolitische Integration	Alter, Familienstand, Gewerkschaftsmitglied, Kirchenbindung, Vereinsmitgliedschaft, Parteiidentifikation
politische Orientierungen	politisches Interesse, Parteiidentifikation, Orientierung ggü. dem politischen Führungspersonal, den politischen Institutionen und der politischen Ordnung
wahlbezogene Faktoren	Nutzen und Kosten des Wählers, Wahrscheinlichkeit der Wahlentscheidung durch die eigene Stimme, Wichtigkeit der Wahl, Knappheit des Wahlausgangs
politische Kommunikation	Mediennutzung, Gespräche über Politik

USA Personal Characteristics and Voter Turnout

higher turnout	lower turnout
strong partisans	weak partisans + independ.
republicans	democrats
college graduate	less than high school
annual income USD 25.000	annual income USD 10.000
professional + technical workers	unskilled laborers + unemployed
45 – 70 years	18 – 24 years
white persons	nonwhite persons
non-southerns	southerns
jews + catholics	protestants

3. Hauptströmungen & „Schulen“ der empirischen Wahlforschung

3.1 Klassen von Bedingungsfaktoren zur Erklärung v. Wählerverhalten

1. **Persönlichkeitsfaktoren:** alle Arten von psychischen Merkmalen wie Einstellungen, Werthaltungen, Verhaltensabsichten, motivationale Bedürfnisse
2. **Umweltfaktoren:** alle außerhalb der Persönlichkeit liegenden Charakteristika wie Einkommen, Bildung, Wohnort, Gruppenmitgliedschaften oder politische u. wirtschaftliche Einflüsse aller Art, wobei Umweltfaktoren das Wahlverhalten nur indirekt, d.h. durch die Persönlichkeitsfaktoren vermittelt, beeinflussen

3.2 Einflussebenen der individuellen Wahlentscheidung

<i>langfristige Einflussfaktoren</i>	<i>mittelfristige Einflussfaktoren</i>	<i>kurzfristige Einflussfaktoren</i>
z.B. politische Sozialisations- erfahrungen, sozialstruktu- relle Bindungen, milieu- und kontextspezifische Prägung- en	z.B. Veränderungen der sozialen Lebenslage, des familiären bzw. be- ruflichen Kontextes, Mobilitätserfah- rungen, Performanz der politischen Akteure (= Bewertung des Outputs über eine längere Zeit)	z.B. aktuelle Issues bzw. Kandi- daten-Images, massenmediales Meinungsklima, Einfluss des Wahlkampfes bzw. „kritischer“ Medienereignisse (Fernsehdis- kussionen v. Spitzenkandidaten), punktuelle Mobilisierungseffekte
Bspl. parteipolitische Präg- ungen durch das Elternhaus	Bspl. v.a. in den 70er Jahren: Ab- wanderung von der Landwirtschaft i.d. Industrie	meist konzentriert man sich dar- auf!

3.3 grundlegende metatheoretische Erklärungsmuster

stratifikationstheoretischer Ansatz

Ausgangspunkte: soziale Strukturen und Lebenslagen, sozialer Kontext, schichtspezifische Sozialisationsprozesse, makro- und mikrosoziologisches approaches

institutioneller Ansatz

Ausgangspunkte: akteurspezifisch, Verhalten der politischen Eliten, strategischer Handlungsraum, Parteien und Wähler als Akteure am politischen Markt, Rationalwahlkonzept, Wahlhandlungen (choices) und Handlungsbedingungen (constraints) der Akteure

Variationen stratifikationstheoretischem und institutionellem Ansatz = makrosoziologischer Cleavage-Ansatz (Lipset/Rokkan)

sozialpsychologischer Ansatz

Ausgangspunkte: Parteiidentifikation, Einstellungs- und Wertestrukturen

3.4 Hauptströmungen der empirischen Wahl- und Wählerforschung

mikrosoziologisches Erklärungsmodell der Columbia-Schule (Lazarsfeld, Berelson, ...)

makrosoziologisches Erklärungsmodell (sozialer Cleavage-Ansatz) von Lipset und Rokkan

sozialpsychologisch orientiertes Ann Arbor-Modell der Michigan Schule (Campbell, Miller, Stokes, Converse, Nie, Verba, ...)

rationalistisches Modell (Rationalwahlansatz) in der Tradition von a. Downs (Rochester Schule)

06.11.2006

3.5 das mikrosoziologische Erklärungsmodell der Columbia-Schule

entscheidende Bedingungsfaktoren

- Zugehörigkeit zu sozialen Gruppierungen mit erkennbaren Wahlnormen (historisch geprägte Wahlnormen)
- Lazarsfeld: „A person thinks politically, as he is socially“
- Kommunikation mit so genannten Meinungsführern (opinion leaders) – auch heute, aber: die Interaktionsdichte ist geringer
- politisches Klima der näheren Umgebung (weitgehend immobile Gesellschaft)

gleiche Gruppenzugehörigkeit führt tendenziell zu gleichem Wahlverhalten (Index der persönlichen Prädisposition)

selektive Mediennutzung (kognitive Dissonanzminderung)

Einfluss des Wahlkampfes primär

- Aktivierung politischen Interesses
- Mobilisierung der jeweiligen Parteianhänger
- Verstärkung existierender Prädispositionen

Parteiwechsel korreliert im Allgemeinen mit einer s.g. „cross pressure“ Situation (z.B. Nebenberufswahlwirte die im Industriebetrieb arbeiten)

„Berelson-Paradoxon“: jene Wähler, die durch ihr abweichendes Wahlverhalten für politischen Wechsel sorgen, d.h. unter cross pressures stehende Wähler, zeichnen sich durch inkonsistentes Wahlverhalten, deutlich geringeres politisches Interesse und eine niedrige Wahlbeteiligung aus

- Wechselwähler = „demokratischer Flugsand“
- soziale Lebensumstände sind immer noch gute Indikatoren für die Wahlentscheidung
- andere Punkte haben sich tlw. in den Jahren verändert

Parteipräferenzen einer Person werden durch parteipolitische Einflüsse erklärt, denen sie in der Phase der politischen Sozialisation im Elternhaus und in späteren Lebensphasen in persönlichen Interaktionen ausgesetzt sind.

Segmentierte soziale Strukturen führen zu konzentrischen sozialen Kreisen und begünstigen ein stabiles Wahlverhalten.

Mobile wie diffuse soziale Strukturen und „cross pressures“ begünstigen hingegen nur schwach ausgeprägte Parteipräferenzen und damit ein mobiles, veränderliches Wahlverhalten.

„People who work of live or play together are likely to vote for the same candidate“

3.6 das makrosoziologische Erklärungsmodell von Lipset und Rokkan

Cleavage Theorie des Wahlverhaltens integriert sozialhistorische und politikgeschichtliche Elemente.

Interessentheoretische Prämissen

- a) Konfliktstruktur einer Gesellschaft bestimmt die Entwicklung der Parteien
- b) die Sozialstruktur einer Gesellschaft und die institutionellen Regelungen entscheiden dabei über die Größe der Anhängerschaft einer Partei
- c) Anzahl der Konflikte und die Art der Koalitionsbildung zwischen Eliten und sozialen Gruppen prägen die Segmentierung der Wählerschaft
- d) nach der „Freezing-These“ bilden die Hauptspannungslinien eine dauerhaft verankerte („eingefrorene“) Konfliktstruktur
- e) Cleavages sind somit sozialstrukturelle repräsentierte Konfliktlinien bzw. spezifische Koalitionen zwischen politischen Parteien und gesellschaftlichen, kulturellen, regionalen, konfessionellen bzw. ethnischen Großgruppen
- f) zwei zentrale Cleavage-Ebenen: 1) kulturelle, ethnische, territoriale Cleavages und 2) sozioökonomische Cleavages

3.7 das sozialpsychologisch orientierte Ann-Arbor-Modell

Prämisse: Wählerverhalten verursacht durch Zusammenspiel politisch-institutioneller, sozialökonomischer und psychischer Bedingungsfaktoren

- Kausalitätstrichter (funnel of causality)
- Wahlentscheidung ist Resultat aus dem Zusammenspiel vorgängiger Erfahrungen und subjektiver Situationsdeutung
- Trias: Parteiidentifikation – Problemorientierung – Kandidatenorientierung
- Konzept der Normalwahlanalyse (normal vote analysis)
- Problem u.a.: Mehrdimensionalität der Parteiidentifikation, rekursive vs. non-rekursive Modellannahmen, Dealignment

Parteiidentifikation und Wahlverhalten

Unter Parteiidentifikation (party identification) versteht man eine langfristig stabile affektive Bindung an eine bestimmte Partei. PI wird in einer frühen Phase der politischen Sozialisation erworben und intensiviert sich im Lauf des Lebens. Außerdem färbt PI die individuelle Wahrnehmung des politischen Geschehens, doch immunisiert sich nicht gänzlich gegen ihr widersprechende Informationen. Sie prägt überdies das Wahlverhalten, das von ihr aber infolge kurzfristiger Effekte abweichen kann. Je stärker die PI ist, umso schwerwiegender müssen ihr widersprechende Informationen sein, um einen Richtungswechsel herbeizuführen. Bei keiner oder nur schwach ausgeprägter PI spielen aktuelle Sachfragen wie Kandidatenqualitäten und der massenmedial vermittelte Wahlkampf eine die persönliche Wahlentscheidung stark beeinflussende Rolle.

3.8 die rationalistische Theorie des Wählerverhaltens

Zentrales Axiom: Rationalitätsprinzip, d.h. Individuen wählen in einer gegebenen Situation diejenige Verhaltensalternative, von der sie den größten Nutzen erwarten.

Ausnahme: Individuen verfügen über eine Präferenzordnung und bewerten die dementsprechenden Verhaltensalternativen.

Schlüsselkonzepte: Nutzenkalkül, Parteiendifferential, Präferenzordnung, wahrgenommener Handlungsraum, Wandlungen im polit. Verhalten gehen auf Veränderung der wahrgenommenen Restriktion zurück, Senkung der politischen Informationskosten

13.11.2006

4. Methoden und Ansätze der empirischen Wahlforschung

4.1 Methoden der empirischen Wahlforschung im Überblick

1. **Wahlstatistik** bzw. **Wahlgeographie**: Wahlergebnisse dokumentieren, electoral mapping
2. **Aggregatdatenanalysen**: Wahlergebnisse aggregiert (Wahlsprenkel, etc.) – nicht über Personen
 - a. ökologische Struktur- bzw. Kontextanalysen
 - b. Wählerstromanalysen (Übergangsmatrix)
 - c. Wählerwanderungsschätzungen bzw. Wählerwanderungsbilanz: Ziel = demographische Veränderungen zwischen zwei Wahlen aufzeigen; geht über die Übergangsmatrix hinaus und ist sehr aufwendig

- d. historische Wahlanalysen: sehr aufwendig, unverzichtbar (Bspl. „Hitlers Wähler“ v. Falter)
3. **Individualdatenanalysen:** Befragungsdaten bzw. Antworten von Individuen
- a. repräsentative Wählerumfragen (Querschnittuntersuchungen): vor dem Wahltag, relativ große Unschärfe, Spätentscheider
 - b. Panel-Befragungen (Längsschnittuntersuchungen): in mehreren Wellen – ca. 4 bis 5, bei denen immer wieder die selben Personen befragt werden; sehr teuer; Panelmortalität = wenn man 2000 Umfragen braucht, muss man mit mind. 5000 Befragten beginnen
 - c. Wahltagsbefragungen (exit polls): tatsächliche Wahltagsbefragung; exit polls: face to face – nach Verlassen des Wahllokals, nahe des Verhaltensaktes; Personen wissen noch nicht, wie die Wahl letztendlich ausgeht (= Vorteil=, d.h. kein bandwaggoning-Effekt oder Underdogs; seit 1986; etwas kostengünstiger
 - d. international vergleichende Wählerbefragungen: bis heute Problem, weil historische Fragestellungen und Variablen nicht miteinander koordiniert worden sind und daher nicht wirklich verglichen werden können
 - e. qualitative Verfahren (Exploration, focus groups)

4.2 Wahlgeographie und politische Ökologie

André Siegfried (1913): geographic electorale
sammelte alle erlangbaren Daten und setzte diese mit geographischen Karten in Verbindung; seiner war der erste Name der empirischen Wahlforschung

Rudolf Heberle (1943): political ecology
war Sozialgeograph und musste 1933 emigrieren; nutzte Daten von alten Reichstagswahlen der 20er und 30er Jahre

Wissenschaftlicher Fokus:

Zusammenhänge zwischen räumlichen Potenzialen (Sozialstruktur, Produktion, Verkehrsanbindung, ...) und Wahlergebnissen aufzuzeigen mit Blick auf

- ➔ räumlich-geographische Faktoren
- ➔ sozialstrukturelle und ökonomische Faktoren
- ➔ regionale politisch-kulturelle Faktoren
- ➔ regionale politisch-soziale Milieus
- ➔ lokale Kontextfaktoren des Wahlverhaltens
- ➔ soziale Netzwerke und Nachbarschaftsstrukturen
- ➔ geographische definierte „Ansteckungseffekte“ (spill-over Effekte): bestimmte Partei kommt nur in manchen Regionen in prädominante Position
- ➔ regionale politische Diffusionsprozesse

Instrumente: Digitale Karten und Diagramme, die räumliche, soziale und kulturelle Charakteristika (Indikatoren) mit Wahlergebnissen in Beziehung setzen – Zusammenhänge können evident gemacht werden.

Kritikpunkte sind geographischer Determinismus (geographische und politische Ergebnisse determinieren), Auto- und Scheinkorrelation, ökologischer Fehlschluss (Bspl. in Gemeinden mit überdurchschnittlichem Arbeiteranteil hat Partei X gewonnen; ökologischer Fehlschluss: Arbeiter haben Partei X gewählt. Individual. Fehlschluss: von Befragungsdaten auf Aggregatdaten schließen

4.4 mathematisch-statistische Methoden der empir. Wahlforschung

Korrelationsanalysen (biserielle, kanonische, multiple, partielle, Korrelationsmatrizen)

Kovarianzanalysen

Regressionsanalysen (lineare, multiple, bzw. partielle) – Vordergrund

Faktorenanalysen

Pfadanalysen (Anwendung der multiplen Regressionsanalyse in rekursiven Kausalmodellen)

Clusteranalysen bzw. Typologien (Voraussetzungen: hinreichende Hintergrundinformationen)

4.5 ökologische Wählerstromanalyse

Mathematisch-statistische Verfahren, bei denen mit Hilfe multipler Regressionsanalysen auf die Wanderungsströme geschlossen wird, die hinter den Veränderungen zwischen zwei Wahlergebnissen liegen.

Grundannahme: Wenn eine Partei bei einer Wahl genau in jenen Gemeinden stark ist, wo eine andere Partei bei der vorhergehenden Wahl stark war, wird dies als Wählerbewegung bzw. Wanderung von Wählerinnen und Wählern zwischen diesen beiden Parteien interpretiert.

Multiple Regression = ein Verfahren, bei dem die Parteienergebnisse der neuen Wahl auf die Parteienergebnisse der alten Wahl regredieren (zurückführen), „multiple“, weil das Ergebnis einer Partei bei der neuen Wahl gleichzeitig mit allen Parteienergebnissen der vorangegangenen Wahl in Beziehung gesetzt wird.

4.6 analytische Vorteile der ökologischen Wählerstromanalyse

Es gibt keine Probleme mit der Datenerhebung, wie sie bei Umfragen vorkommen, also keine Stichprobenfehler (weil über das ganze Bundesgebiet/-land), keine Ausschöpfungsprobleme, keine Antwortverweigerung, keine falschen Angaben, keinen Interviewer-Bias, etc.

Durch Analysen der amtlichen Ergebnisse bekommt man auch Ergebnisse für regionale Subeinheiten (z.B. die 2358 Gemeinden außerhalb Wiens bzw. die 23 Wiener Gemeindebezirke), die von Umfragen üblicherweise nicht erfasst werden.

Das Verfahren ist kostengünstiger: Die Kosten betragen bei Zugriff auf das amtliche Wahlergebnis nur einen Bruchteil der Aufwendungen einer Umfrage. Individualdaten hätten mehr Hintergrund.

Das Verfahren ist auch auf längst vergangene Wahlen anwendbar (z.B. Falters bahnbrechende Analysen der Wählerschaft der NSDAP „Hitlers Wähler“).

Die Wählerstromanalyse kann im Gegensatz zu exit polls die Nichtwähler berücksichtigen.

4.7 analytische Nachteile der ökologischen Wählerstromanalyse

Sie operiert nur mit Aggregatdaten – daraus abgeleitete Aussagen über Einzelpersonen bergen daher das Risiko des ökologischen Fehlschlusses (ecological fallacy).

Das Verfahren ermöglicht keine Aufschlüsselung des Wahlverhaltens nach Alter, Geschlecht, Beruf, etc., sondern ausschließlich nach Typen von Gemeinden (z.B. Industriegemeinden, Städte, SPÖ-Hochburgen, Fremdenverkehrsgemeinden, ...) oder Regionen.

Das Verfahren kann kaum auf die demographische Veränderung des Wahlkörpers Rücksicht nehmen: Die den Schätzungen zugrunde liegenden Gemeindeergebnisse sind ja nicht nur Folge von Wählerwanderungen, sondern auch von Zugängen durch Zuzug und Erstwählerinnen sowie von Abgängen durch Wegzug und Verstorbene. In jeder ökologischen Wählerstromanalyse sind diese Veränderungen implizit enthalten, auch wenn sie als Veränderung nur im bei beiden Wahlen stimmberechtigten Elektorat erscheinen. Eine Lösung hierfür wäre der relativ aufwendige Ansatz, für jede Gemeinde demographische Zu- und Abgänge zu schätzen.

Die ökologische Wählerstromanalyse liefert für kleinere Parteien relativ unsichere Ergebnisse.

Die Daten verletzen mehrfach die geltenden statistischen Rahmenbedingungen für die angewandten Verfahren und können zu Fehlschätzungen und erratischen Schwankungsbreiten führen.

4.8 Instrumente der Individualdatendanalyse

Instrumente der demoskopischen Wahlforschung:

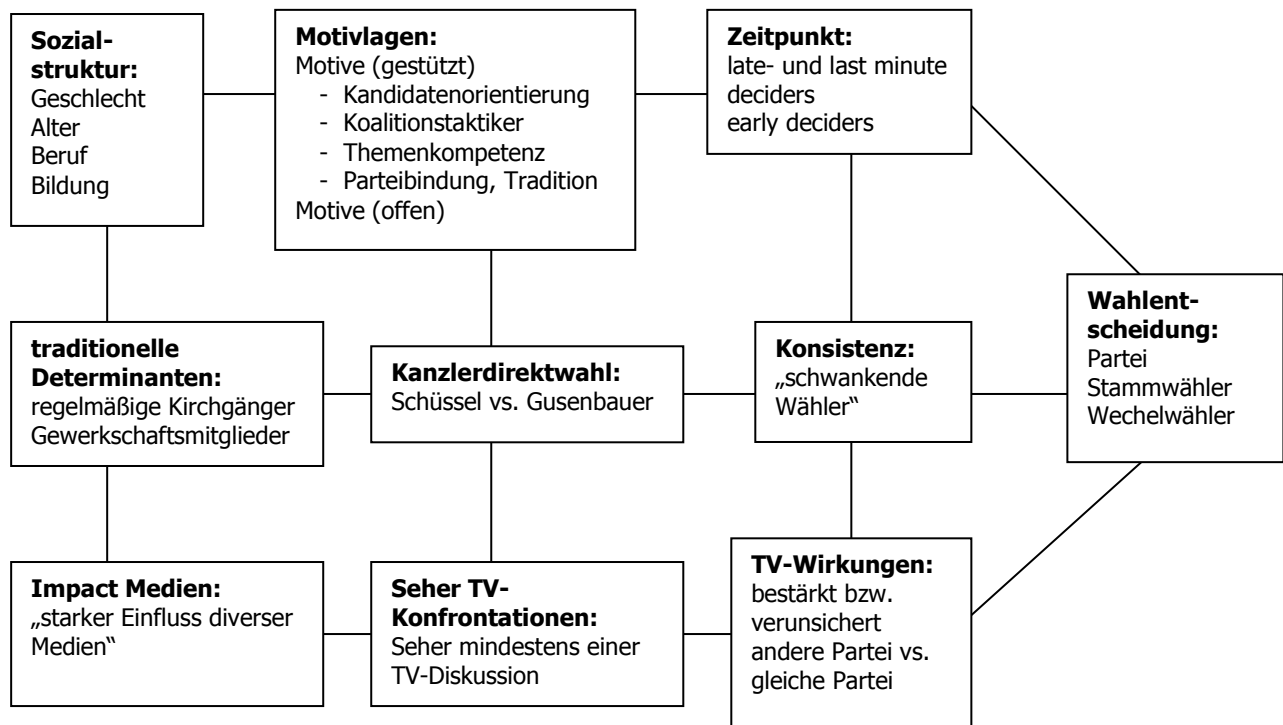
quantitative Instrumente

- Repräsentativumfragen (in home, face to face vers. Telefonumfragen)
- Panel-Befragungen
- Wahltagsbefragungen (exit polls)

qualitative Instrumente

- explorative Tiefeninterviews (z.B. politische Motivstudien)
- Gruppen-Diskussionen (focus groups)
- Test-Designs (z.B. Impact politischer Werbemittel, Werbebotschaften)

4.9 Variablenblöcke eines Exit Poll



4.10 Analytische Forschungsfragen

1. Welche Variablenblöcke erklären die Wechselwahl am besten?
2. Welche Variablenblöcke tragen mehr zur Erklärung der Partei bei?
3. Wieviel Varianz im Parteiwahlverhalten bzw. Wechsel von der FPÖ zur ÖVP erklären:
 - a. traditionelle Determinanten (regelmäßiger Kirchgang, Gewerkschaftsmitgliedschaft)
 - b. Kandidatenorientierungen (Begründung der Wahlentscheidung mit der Persönlichkeit der Spitzenkandidaten bzw. Direktwahlpräferenz bei der Kanzlerfrage)
 - c. Koalitionstaktische Überlegungen (s. gestützte Motive bzw. Koalitionspräferenzen)
 - d. Themen- und Kompetenzerwartungen (s. gestützte und offene Motive)
 - e. TV-Konfrontationen (TV-Diskussion Schüssel vs. Gusenbauer gesehen, in der Wahlentscheidung bestärkt bzw. verunsichert und wegen der TV-Konfrontationen andere Partei bzw. die gleiche Partei gewählt)
4. Welche Variablenblöcke erklären mehr im frauenspezifischen Wahlverhalten?
5. Gibt es einen gender-generation-gap im Wahlverhalten?
6. Welche Variablenblöcke erklären mehr im unterschiedlichen Wahlverhalten männlicher und weiblicher Arbeiter?
7. Quantifizierung der Wirkung der TV-Konfrontation (z.B. Zusammenhänge zwischen Wählern, die zumindest eine der TV-Konfrontationen gesehen haben, den TV-Diskussionen eine starke Wirkung auf ihre Wahlentscheidung beimessen und über tatsächliche Wirkungen auf ihr Wahlverhalten im Sinne einer Bestärkung, Verunsicherung bzw. Anstoß zum Parteiwechsel berichten).
8. Typologie (subjektiver) Medienwirkungen (wieviele Wähler berichten von einem starken Einfluss der TV-Diskussionen, der Aussagen von Spitzenkandidaten in den Massenmedien zw. persönlichen Gesprächen = Medien-Reaktive, bzw. wieviele Wähler berichten nur über einen vergleichsweise moderaten bzw. gar keinen Einfluss = Medien-Resistente).

9. Verknüpfung der Medien-Reaktiven bzw. Medien-Resistenten mit den beiden Fragen über den Einfluss der TV-Konfrontationen auf die Wahlentscheidung.
10. Verknüpfung der Medien-Reaktiven bzw. Medien-Resistenten mit den Fragestellungen der analytischen Frage Nr. 3.

4.11 Methode „pitfalls“ in der empirischen Wahlforschung

- Ökologischer Fehlschluss – Aggregatdaten (ecological fallacy)
- individualistischer Fehlschluss – Individualdaten (individualistic fallacy)
- recall-Problem bei Querschnittbefragungen
- Problem der „Rest-Kategorie“ bzw. Problem der Antwortverweigerung
- Probleme der Fragenformulierung bzw. sign. Positions- bzw. Ausstrahlungseffekte
- Problem zu geringer Fallzahlen
- Problem der „Moralität“ bei Panel-Designs

4.12 Problematische Begriffe der demoskopischen Wahlforschung

- Unterschied zwischen Hochschätzung und Hochrechnung
- Unterschied zwischen Rohdaten und gewichteten bzw. hochgeschätzten (projizierten Daten)
- punktuelle Momentaufnahmen versus prognostische Schätzungen
- Prognosen aufgrund demoskopischer Wahltagsbefragungen bzw. Hochrechnungen auf der Basis von Teilergebnissen
- Scheinexaktheit versus Schwankungsbreiten
- Vorwahlbefragungen versus Wahltagsbefragungen

4.13 Modell-Ebenen der empirischen Wahlforschung

1. einfache Kausalitätsbeziehungen (linear, mechanische Wirkungsannahmen)
2. rekursive Kausalbeziehungen („moderierende“ Variable)
3. nicht-rekursive Kausalbeziehungen (multiple, dynamische Interaktionen zwischen den Modell-Variablen)

4.14 Rekursive und nicht-rekursive Modelle zur Erklärung des Wählerverhaltens

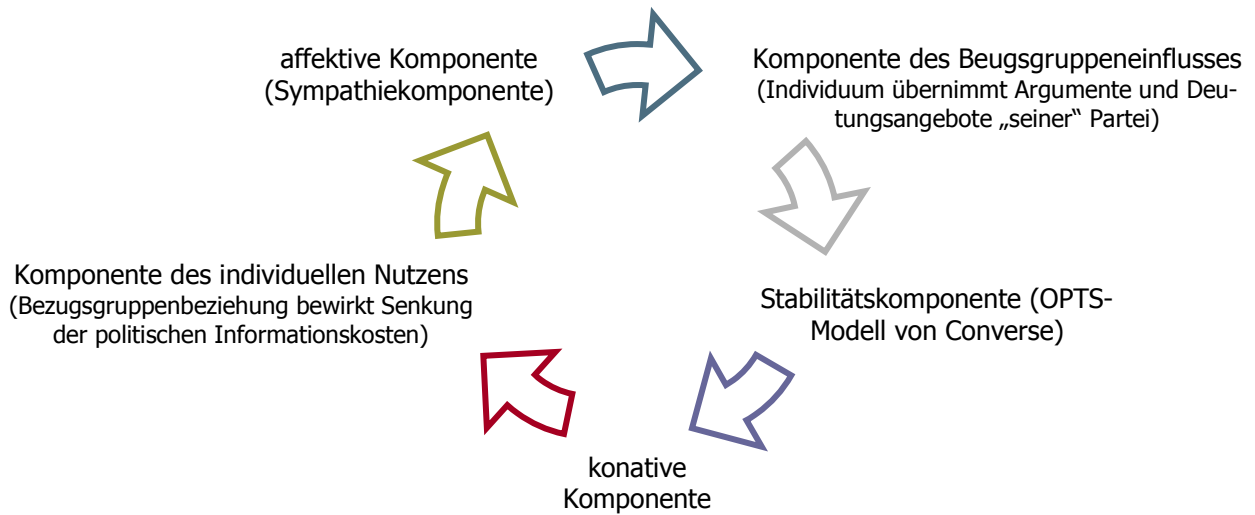
Annahmen rekursiver Modelle	Annahmen non-rekursiver Modelle
gerichteter Kausalitätspfad (z.B. politische Sozialisationserfahrungen – Entwicklung einer stabilen Parteiidentifikation – „parteiliche“ Interpretation der politischen Umwelt – konsistentes Wahlverhalten)	wechselseitige Interaktion (Verstärkung bzw. Abschwächung diverser Effekte), Infragestellung der Zentralität der Parteiidentifikation, verstärkter Akzent auf das Wirkungspotential aktueller Streitfragen bzw. Kandidatenimages

4.15 Indikatoren für elektoralen Wandel

Afford Index:	Prozentanteil von „blue collar“-Wählern, die eine sozialdemokratische Partei wählen, minus dem Prozentanteil von „white collar“-Wählern, die eine sozialdemokratische wählen. Maximalwert = 100 = „total class voting“
Lijphart-Index:	Prozentanteil von Personen mit starker Kirchenbindung, die eine konfessionelle Partei wählen, minus Prozentanteil von Wählern ohne ausgeprägte Kirchenbindung, die eine konfessionelle Partei wählen. Maximalwert = 100 = „total religious voting“
Net-Volatility:	Indikator für die aggregierte Volatilität (Stimmenveränderungen durch Anzahl der Parteien)
Pedersen-Index:	Summierte Stimmengewinne bzw. Stimmenverluste der Parteien
Gross-Volatility:	Indikator für die individuelle Volatilität. Prozentanteil der tatsächlichen Wechselwähler (vote switchers)
Parteiidentifikation:	Prozentanteil der Wahlberechtigten, die einer bestimmten Partei gefühlsmäßig zuneigen (Macro Partisanship)

4.16 Das Konzept „Parteiidentifikation“

5 Komponenten nach Gluchowski



4.17 Glossar ausgewählter Begriffe der empirischen Wahlforschung

floating vote	class voting (Alford Index)
party shifters	religious voting (Lijphart Index)
party changers	gender gap
waverers	union voting
early deciders	image voting
late deciders	negative voting
last minute swing	recall (recall-Gewichtung)
ticket splitters – straight ticket voters	Rohdaten
cross pressure	

5. Soziologische Makro- und Mikroansätze

5.1 Das Konzept „Social Cleavage“

„A cleavage is a division on the basis of some criteria of individuals, groups or organizations among whom conflict may arise“

Lane/Ersson

„A cleavage is a merely a division of a community – into religious groups, opinion groups, or voting groups. Formally we define a „cleavage“ as a family of sets of individuals“

Rose/Taylor

„Potential lines of division within any given society“

Flanagan

„A cleavage is a permanent conflict dimension though it may be a latent one“

Sjöblom

Typologie von „social cleavages“ nach Flanagan:

1. **Segmental Cleavages:** racial, linguistic, religious or gender differences (gender ist ein zunehmender Faktor!)
2. **Cultural Cleavages:** young vs. old, urban vs. rural, traditional vs. modern, authoritarian vs. libertarian (gender-generation-cleavage Verbindung – Trends = sichtbar)
3. **Economic-functional Cleavages:** class, status or role differences (traditionelle Aspekte)

5.2 Traditionelle Cleavage-Struktur nach Lipset-Rokkan

Lipset und Rokkan waren die Begründer der soziologischen Cleavage-Strukturen!

1. Zentrum – Peripherie – Konflikt: Reformation, Nationalstaatsbildung, zentrale Verwaltung
2. Konflikt zwischen Staat und Kirche (Säkularisierung)
3. Stadt – Land – Konflikt: primärer versus sekundärer Sektor
4. Konflikt zwischen Arbeit und Kapital: Industrialisierung, soziale Frage, Mobilisierung



Zuordnung von Koalitionen zwischen bestimmten Parteien und Wählergruppen nach ethnischen, sprachlichen, regionalen, religiösen und klassenspezifischen Positionen.

5.4 Some social bases of voting behaviour / soziale Grundlagen des Wahlverhaltens

Wave 1	Wave 2	Wave 3	Wave 4
<i>The national revolution</i> 19. Jahrhundert, Nationalstaatsbildung	<i>The industrial revolution</i> spätes 19. Jahrhundert	<i>The growth of the state</i> Nachkriegszeit	<i>Post-industrial influences</i> Gegenwart
Centre/Periphery	Class Klassenzugehörigkeit, Arbeiter, Mittelschicht, ...	Privat vs. Public sector private vs. soziale Marktwirtschaft, Sektorenkonflikt zw. ungeschützten privaten u. geschützten öffentl. Bereich	Education Bildung u. Qualifikation, Gender
National and linguistic divisions	Trade unions Gewerkschaften, ...	Housing tenure wohnt man in einer Eigentumswohnung oder Miteigentumswohnung? v.a. im Hinblick auf benefits!	Affluence Einkommen u. Wohlstand (Gefühl, souveräner zu sein)
Religion	Social mobility	Statedependence	Postmaterialism postmaterialistische Wertvorstellungen: sicherheitsbezogen u. darüber hinaus: Selbstentfaltung, soziale Anerkennung, Status

5.5 traditionelle Strukturkonflikte im österreichischen Parteienraum

5.6 die Cleavage-Struktur fortgeschrittener Industriegesellschaften nach Flanagan

5.7 Neue Cleavage – Ansätze im Überblick

Dunleavy/husbands: Das „sektorale“ Cleavage-Modell („Sozialstaats“-Cleavage)

Neue Spannungslinien zwischen

1. Beschäftigten im öffentlichen und Beschäftigten im privaten Sektor = Produktionssektoreffekt (productin sector effect)

2. den Wählern, die vorrangig öffentliche Leistungen nutzen (z.B. Wohnen, Transport. u.a.) und denjenigen Wählern, die vorrangig private Dienstleistungen konsumieren (z.B. Eigenheim, PSK als Verkehrsmittel, Privatschule u.a.) – Konsumsektoreffekt (consumption sector effect)
3. den Wählern, die vorrangig von staatlichen Einkommen/Transferzahlungen abhängen (z.B. Pensionen, sozialpolitische Transfer- und Unterstützungszahlungen, Karenzgeldbezieher u.a.) und den Wählern, die vorrangig von privaten Einkommensquellen leben (z.B. Gehalt aus Privatwirtschaft, Kapitalerträge, Privatversicherungen u.a.) – Sozialstaatlicher Dependenz-Effekt (state-dependence effect) [Grad der sozialstaatlichen Leistungsabhängigkeit – desto stärker man ökonomisch vom Sozialstaat abhängig ist]

5.8 Neue wahlsoziologische Ansätze

P. Dunleavy: das „radikale“ Modell [Radikalität des Infragestellens traditioneller Cleavages]

„people’s votes reflect their position in social hierarchy“

Wahlverhalten widerspiegelt die soziale Position – nicht die soziale Klasse!

„how groups in the social hierarchy interpret their position depends on the mass media and on party competition“

man definiert die Position subjektiv

„the radical model sees votes as a reflection of the political system’s ideological interpretation of social divisions – emphasis on the impact of media and party debate“

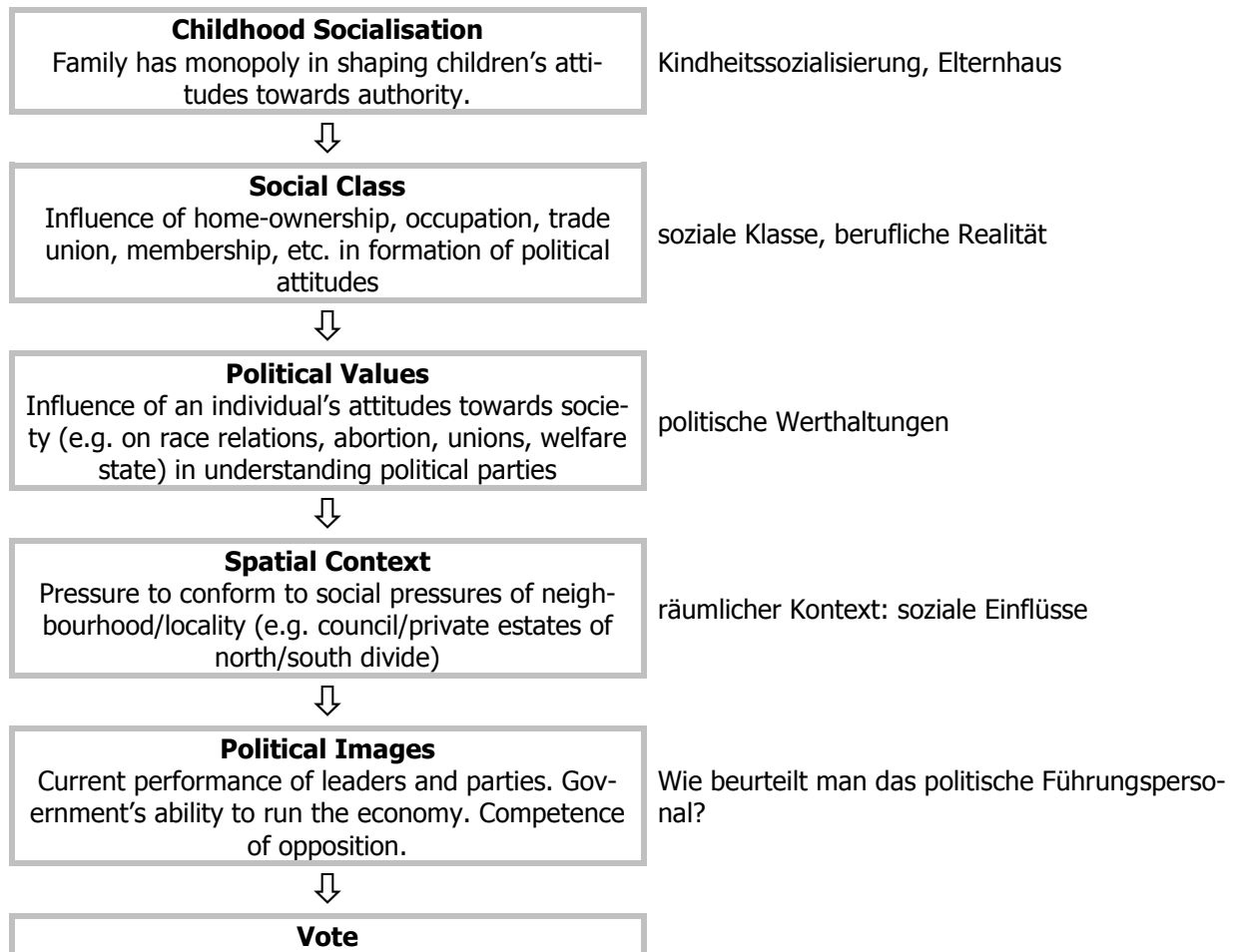
wesentliche Cleavages sind nicht materiell-objektivierbar vorgegeben, sondern sind Konstrukte – sie bringen die subjektive Seite des Wahlverhaltens zum Ausdruck

5.10 Lagerung verschiedener Berufsgruppen im Wettbewerbsraum nach Kitschelt

5.11 neueste Ansätze der empirischen Wahlforschung

1. Rose/Allister: Das „**Life-Time-Learning-Modell**“: sequentielle Mehr-Ebenen Ansätze
2. Gluchowski et al: Das „**Lebens-Stil-Konzept**“: symbolische Zugehörigkeit/Identifikation mit Lebensstilgruppen, der Wahlakt als expressiver Ausdruck objektiver sozialer Lebenslagen und subjektiver Situationsdeutungen – Lebensstile; gewinnt immer mehr an Bedeutung seit den 80er Jahren
3. Theorien der **Protestwahl**: negative voting

5.12 Das Life-Time-Learning-Modell nach Rose



5.17 Kontext- und Mehrebenen-Ansätze

Frage: Ob das Wahlverhalten von Gruppen in Abhängigkeit von sozialen Kontext variiert oder auch nicht.

Der Kontext kann Effekte auf das Wahlverhalten haben!

- Parteiaktivitätstheorie** (lokales Ausmaß der Aktivität der Parteien): Wahlverhalten wird von lokalen Aktivitäten der Parteien beeinflusst
- Bezugsgruppen-theoretischer Ansatz** (psychologische Bindung an eine bestimmte soziale Umgebung und die in ihr vorherrschenden Normen): Lerneffekt – Orientierungseffekt - Ansteckungseffekt
- Interaktionstheoretischer Ansatz** (1. soziale Struktur determiniert die vorhandenen Interaktionspartner – soziale Gelegenheitsstruktur – und 2. diese führt zu einem verhaltensorientierenden sozialen Druck auf das Individuum): Netzwerk, dem man angehört übt Einfluss aus bzw. kann dies tun

5.18 Soziale Kontext-Effekte

1. Soziale Ansteckungstheorien (contagion-theories)
 - a. Wahlverhalten abhängig von der sozialen Komposition der näheren Umgebung (z.B. Nachbarschafts-Effekt)
 - b. Tendenz der Angleichung des Verhaltens in sozial weitgehend homogenen Umwelten (eine Umwelt, die keine Signale aussendet, kann auch nicht beeinflussen – es braucht sogar starke Signale)
2. Theorien sektoraler Kontext-Effekte
 - a. Menschen, die in einer verdichteten, kleinräumigen Situation zusammenleben, haben in der Mehrzahl der Fälle analoge Lebens- und Berufschancen (sektorale Identität)
3. Theorie der Selbst-Selektion
 - a. Personen mit starker politischer Milieubindung präferieren milieutypische Wohn- und Lebenssituationen
4. Politische Hochburgen-Effekte
 - a. Politische „Regional-Monopole“ führen zu einem dominanten politischen Meinungsklima

6. Sozial- und individualpsychologische Ansätze

6.1 „klassische“ Studien der empirischen Wahlforschung I

1. „The People's Choice“ von Lazarsfeld, Berleson, Gaudet von 1944

Methode: 7 Panelwellen mit jeweils 600 Befragten während des Präsidentschaftswahlkampfes, 1940 in Erie County Ohio (regionale Fallstudie)

Konzepte:

1. cross pressures (wenn Parteiwechsel, welche Einflüsse?)
2. opinion leaders
3. two stepp flow of communication
4. 3 Typen: crystallizers (Personen, die am Wahlkampfbeginn noch unentschlossen waren und sich während des Wahlkampfes zunehmend fixierten), waverers (Personen, die im Zug der Panelwellen ihre Wahlabsicht verändert haben; auch das soziale Umfeld war stärker als bei crystallizers) und party changers (Personen, die am Wahltag tatsächlich eine andere Partei gewählt haben)
5. index of political predisposition (eher absolute Prädispositionen werden bestärkt)
6. activation (Aktivierungseffekt: evtl. Nichtwähler werden von Wahlbeteiligung „erfasst“ bzw. durch das soziale Umfeld stimuliert)
7. reinforcement (latente Positionen werden bestärkt)

6.2 „klassische“ Studien der empirischen Wahlforschung II

2. „Voting“ von Berleson, Lazarsfeld, McPhee von 1954

Methode: 4 Panelwellen mit jeweils 1.000 Befragten während des Präsidentschaftswahlkampfes 1948 in Elmira, Staat NY

Konzepte:

1. Berleson-Paradoxon
2. Parteiaktivität als interne Mobilisierung
3. selektive Wahrnehmung (selective perception)
4. kognitive Dissonanz

6.3 „klassische“ Studien der empirischen Wahlforschung III

3. „The Voter Decides“ von Campbell, Gurin, Miller von 1954

bzw.

„The American Voter“ von Campbell, Converse, Miller, Stokes von 1960

Methode: nationale Random-Stichproben (random route) mit jeweils ca. 1.500 Befragten, pre-/post-election design, 1952 bzw. 1956, Survey Research Center (Ann Arbor, Michigan), ICPSR

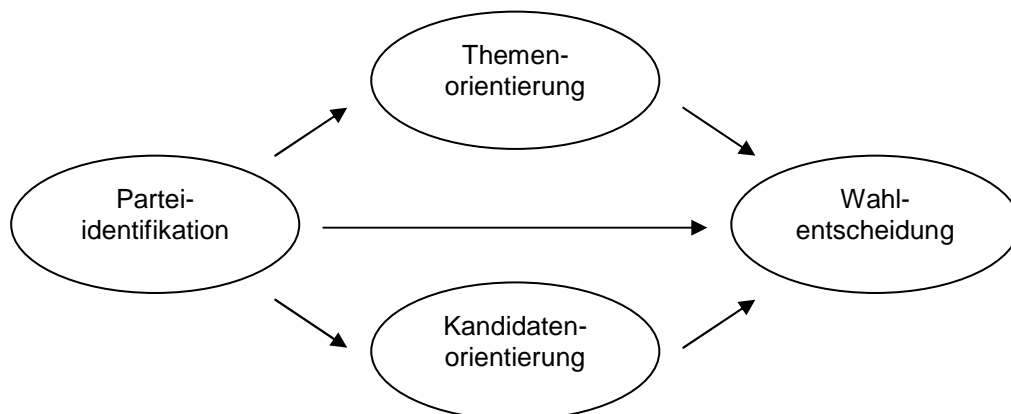
Konzepte:

von gruppenbezogenen – soziologischen Faktoren zu individualpsychologischen Variablen wie:

- attitudes
- funnel of causality
- Parteiidentifikation
- Kandidatenorientierung
- rekursive Modellannahmen

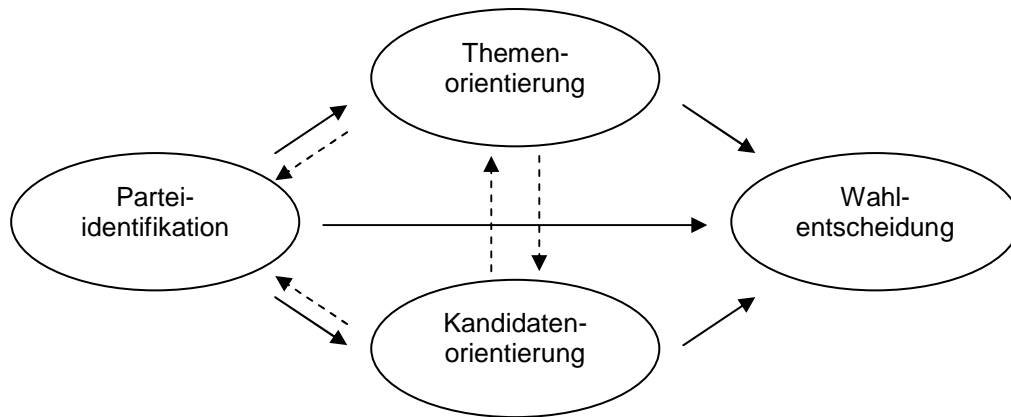
6.4 Das Ann Arbor – Modell A

Das sozialpsychologische Modell des Wählerverhaltens:



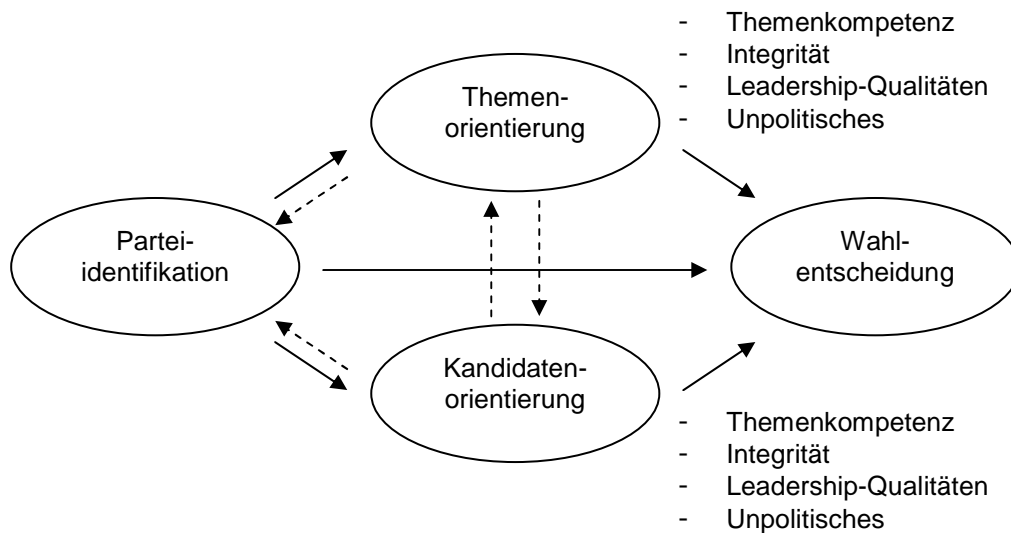
6.5 Das Ann Arbor – Modell B

Das erweiterte sozialpsychologische Modell des Wählerverhaltens:



6.6 Das erweiterte Ann Arbor – Modell

Das modifizierte sozialpsychologische Modell des Wahlverhaltens



7. Rational Choice – Ansätze: Issue Voting, Image Voting, Negative Voting

7.1 der „rationale“ Wähler

- **Nutzenmaximierung**
- **Nutzenkomponente – Wahrscheinlichkeitskomponente**
- **Parteidifferential** (nach Downs: „stimmt der Wähler für die Partei, von der er glaubt, dass sie ihm während der kommenden Wahlperiode ein höheres Nutzeneinkommen bieten wird als irgend eine andere Partei. Um festzustellen, welche Partei das ist, vergleicht er, wie hoch sein Nutzeneinkommen vermutlich sein würde, wenn er verschiedene Parteien an der Macht wären“)
- **Informationsproblem** (Informationskosten)
- **Beteiligungs-Paradoxon** (Beteiligungskosten)

7.2 Modell der Rationalwahl

„Self-interest axiom“

„whenever we speak of rational behavior, we always mean rational behavior directed primarily toward selfish ends“ (Anthony Downs)

Schlüsselkonzepte:

- a) utility maximization (cost, benefit ratio-weighing)
- b) transitively ordered preferences
- c) self-interest (especially economic self-interest)
- d) idea of informed or uncertainty-reducing decision-making
- e) emotion follows cognition

Probleme des Rational Choice – Modells und Vorschläge zu ihrer Lösung:

Rationale Ignoranz

Rationale Bürger nutzen nur „kostenlose“ Informationen, die im Alltagsleben anfallen.

Lösungsvorschläge nach S. Popkin: „Information Shortcuts“, „Super Issues“, Alltagsheuristiken, Vermutungen über Kompetenz und Belastbarkeit der Spitzenkandidaten

Wahlparadoxon

Angesichts der anfallenden Informationskosten wie der minimalen Wahrscheinlichkeit, dass die eigene Stimme den Wahlausgang entscheidet, ist es für rationale Bürger nahe liegend, der Wahl überhaupt fernzubleiben.

Lösungsvorschläge: „Civic Duty“, psychologische und soziale Gratifikationen, an der Wahl teilzunehmen, vom „instrumentellen“ zum „expressiven“ Nutzen der Beteiligung, Wählen als intrinsisch motivierter Akt

7.3 Rationalwahl-Ansätze im Überblick

1. A. Downs: der „rationale“ Wähler
2. M. Fiorina: „retrospective voting“
3. H. Himmelweit: der Wähler als „Konsument“
 - a. „voter as an informed consumer“
 - b. „the elector ... just as consumer look for the product which best fits their needs“
 - c. „most citizens treat elections like a shopping expedition: they are on the look-out for fresh ideas and new parties as well as old favourites“
4. Nie, Verba, Petrovic: der „issue-voter“

7.4 Rationalität der Wähler

Theorie der **bounded rationality** (bedingte Rationalität) berücksichtigt die Beschränkungen der Leistungsfähigkeit des Individuums bei der Informationsverarbeitung (z.B. Samuel Popkin „information short cuts as voting cues“).

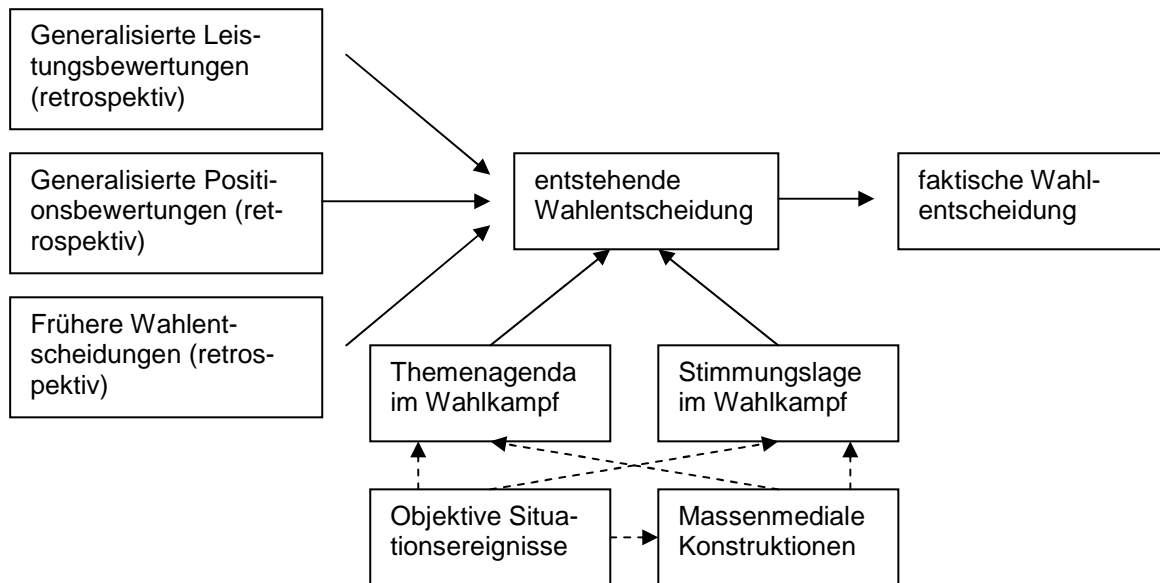
Theorie der **Entscheidungsheuristik** bzw. **Urteilsvereinfachung** (Schlüsselkonzepte: Schemata, Frames)

Theorie der **low information rationality** (der **reasoning voter** macht sich Gedanken über Politik, urteilt über Parteien, Kandidaten und Streitfragen und wendet dabei Mechanismen der Urteils- und Informationsvereinfachung an, die er für die Bewältigung des Alltags entwickelt hat).

7.5 Rationale Entscheidungsvereinfachung

1. Es ist einfacher, die aktuelle politische Situation zu beurteilen, als die künftige einzuschätzen.
2. Es ist einfacher, eine Partei anhand ihrer Sichtweise von einer „guten Gesellschaft“ (das heißt ihrer ideologischen Position) einzuschätzen als anhand ihrer Leistungen in der Vergangenheit
3. Es ist einfacher, aktuelle Informationen zu benutzen als ältere Informationen
4. Es ist einfacher, die persönliche Moral eines Politikers zu beurteilen als seine politische Moral.
5. Es ist einfacher, die Kompetenz eines Politikers einzuschätzen als seine Leistung im Amt.
6. Kandidaten können anhand ihrer soziodemographischen Merkmale beurteilt werden.
7. Kandidaten können anhand der Personen eingeschätzt werden, die sie unterstützen.

7.6 Retrospektives Wählen



7.7 Konzepte des Rationalwahl - Ansatzes

- issue voting
- pocketbook voting
- informed voting
- retrospective (performance-driven) voting
- prospective voting
- satisfying
- egocentric versus sociotropic voting
- strategic voting
- issue publics
- issue space
- proximity
- spatial theories of voting
- directional theories of voting

7.8 Issue - Typologien

- | | | |
|----------------------|---|--------------------------|
| position issues | - | valence issues |
| partisan issues | - | critical issues |
| structural issues | - | non-structural issues |
| hard issues | - | easy issues |
| mobilizing issues | - | abstention issues |
| obstrusive issues | - | unobstrusive issues |
| materialistic issues | - | non-materialistic issues |
| sociotropic issues | - | egocentric issues |
| retrospective issues | - | prospective issues |

7.9 Theorien ökonomischer Konfunktoreffekte

Einfluss der allgemeinen Wirtschaftslage auf das Wahlverhalten

E. Tuft: „*When you think economics, think elections. When you think elections, think economic.*“

Ökonomische Variablen erklären im internationalen Langzeitvergleich rund 20 bis 40 % der Populartätsschwankungen amtierender Regierungen.

Ein **subjektives Wirtschaftsklima** (subjektive Einschätzung der ökonomischen Entwicklung) beeinflusst über Kompetenzvermutungen (welche Partei wird als geeigneter bei der Problemlösung empfunden) die individuelle Wahlentscheidung.

Die subjektive Einschätzung der **allgemeinen Arbeitsmarktlage** ist bedeutsamer.

Der entscheidende Faktor ist die **Interpretation der Wirtschaftslage** in den Massenmedien („the media reports of the nationale economy are more important than the elector's own economic position“).

Lipset: „**misery index**“ (Prozentsumme von Arbeitslosenrate + Inflation größer als 10 = erhöhte Chancen für einen Machtwechsel)

7.10 Themenorientierungen und „Issue Voting“

Lässt sich der Ausgang eine Wahl vorrangig auf ein den Wahlkampf dominierendes politisches Sachthema zurückführen bzw. beeinflussen thematische Orientierungen die individuelle Wahlentscheidung überproportional spricht man von „Issue Voting“.

Im Fall von Valenz-Issues basiert themenorientiertes Wählen auf die wahrgenommene Kompetenz der parteien bzw. Kandidaten im betreffenden Themenfeld.

Issue-Voting bei umstrittenen Positions-Issues-Themen, bei denen Parteien erkennbar unterschiedliche Positionen bezogen haben – lässt sich mit räumlichen Richtungs- oder Distanzmodellen untersuchen.

Beim Richtungsmodell wird die Partei gewählt, die beim betreffenden Thema auf der gleichen Seite wie der Wähler steht. Beim Distanzmodell wird jene Partei gewählt, die zur Position des Wählers im betreffenden Thema die geringste Distanz aufweist.

Issue-voting hat zur Voraussetzung, dass ein Thema wahrgenommen und als wichtig eingeschätzt wird. Dass unterschiedliche Positionen der Parteien erkennbar sind.

Diese unterschiedlich wahrgenommenen Positionen werden mit der eigenen Position verglichen. Auf Basis dieses Vergleichs ergibt sich eine Rangordnung der Parteien.

7.11 Thematische Prioritäten in Österreich (1976 – 2000)

„Geben Sie bitte die Punkte an, um die sich die politischen Parteien in Österreich besonders kümmern sollten“:

	1976	1980	1987	1990	1992	1994	1998	2000
1	Arbeitsplätze	Arbeitsplätze	Umweltschutz	Umweltschutz	Umweltschutz	Renten/Pensionen	Arbeitsplätze	Arbeitsplätze
2	Preisstabilität	Preisstabilität	Verschwendung	Renten-Pensionen	Ausländer	Arbeitsplätze	Renten/Pensionen	Renten/Pensionen
3	Verschwendung	Kriminalität	Arbeitsplätze	Verschwendung	Arbeitsplätze	Verschwendung	Verschwendung	Verschwendung
4	Gesundheitswesen	Arbeitsbeschaffung	Arbeitsbeschaffung	Korruption/Privilegien	Korruption/Privilegien	Korruption/Privilegien	Familienförderung	Budgetsänierung
5	Energieversorgung	Umweltschutz	Preisstabilität	Arbeitsplätze	Renten/Pensionen	Ausländer	Steuersenkung	Steuersenkung
6	Kriminalität u. Umweltschutz	Verschwendung	Steuersenkung	Budgetsänierung	Verschwendung	Umweltschutz	Kriminalität	Kriminalität

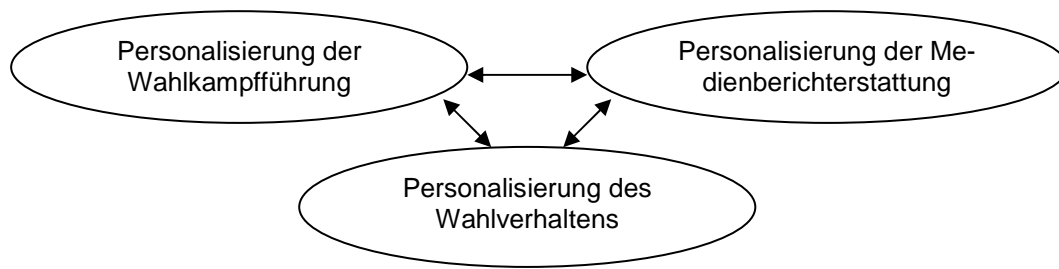
7.12 Thematische Prioritäten in Österreich (1990 – 2006)

„Geben Sie bitte die Punkte an, um die sich die politischen Parteien in Österreich besonders kümmern sollten“:

	1990	1992	1994	1998	2000	2002	2004	2006
1	Umweltschutz	Umweltschutz	Renten/Pensionen	Arbeitsplätze	Arbeitsplätze	Arbeitsplätze	Arbeitsplätze	Arbeitsplätze
2	Renten/Pensionen	Ausländer	Arbeitsplätze	Renten/Pensionen	Renten/Pensionen	Renten/Pensionen	Renten/Pensionen	Medizinische Versorgung
3	Verschwendung	Arbeitsplätze	Verschwendung	Verschwendung	Verschwendung	Medizinische Versorgung	Medizinische Versorgung	Umweltschutz
4	Korruption/Privilegien	Korruption/Privilegien	Korruption/Privilegien	Familienförderung	Budgetsänierung	Steuersenkung	Ausländer	Renten/Pensionen
5	Arbeitsplätze	Renten/Pensionen	Ausländer	Steuersenkung	Steuersenkung	Familienförderung	Familienförderung	Kriminalität
6	Budgetsänierung	Verschwendung	Umweltschutz	Kriminalität	Kriminalität	Umweltschutz	Kriminalität	Wirtschaftsaufscheidung

7.13 Issue-Kompetenz und wahlpolitische Stärke der FPÖ

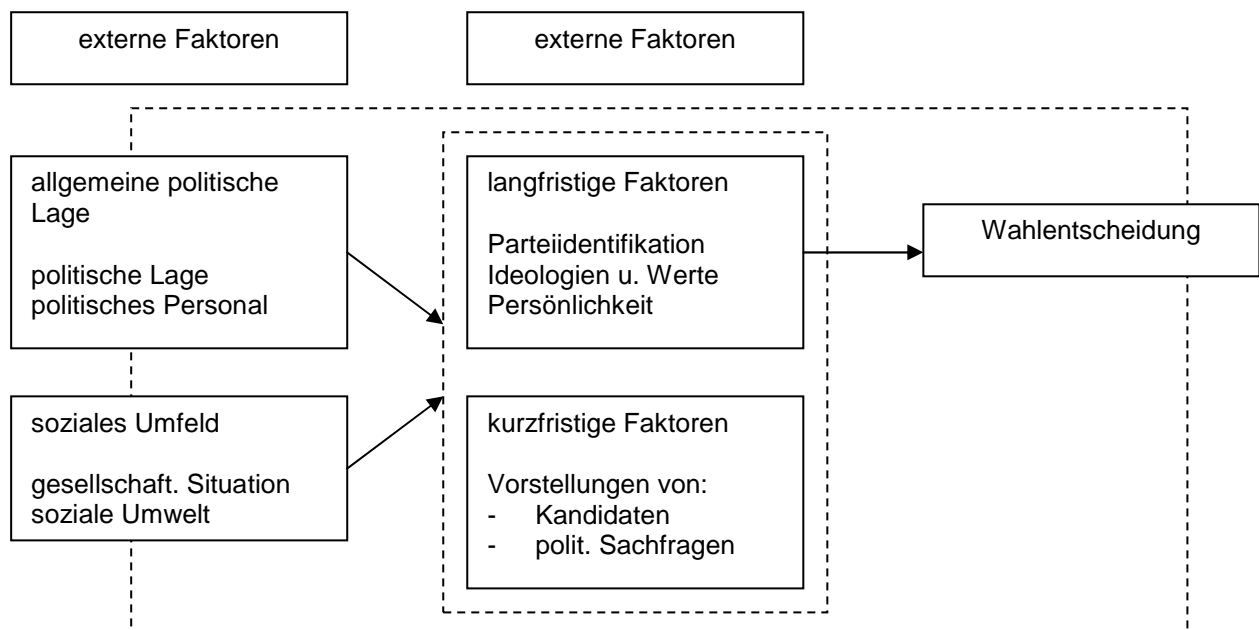
7.14 „Personalisierung“ der Politik



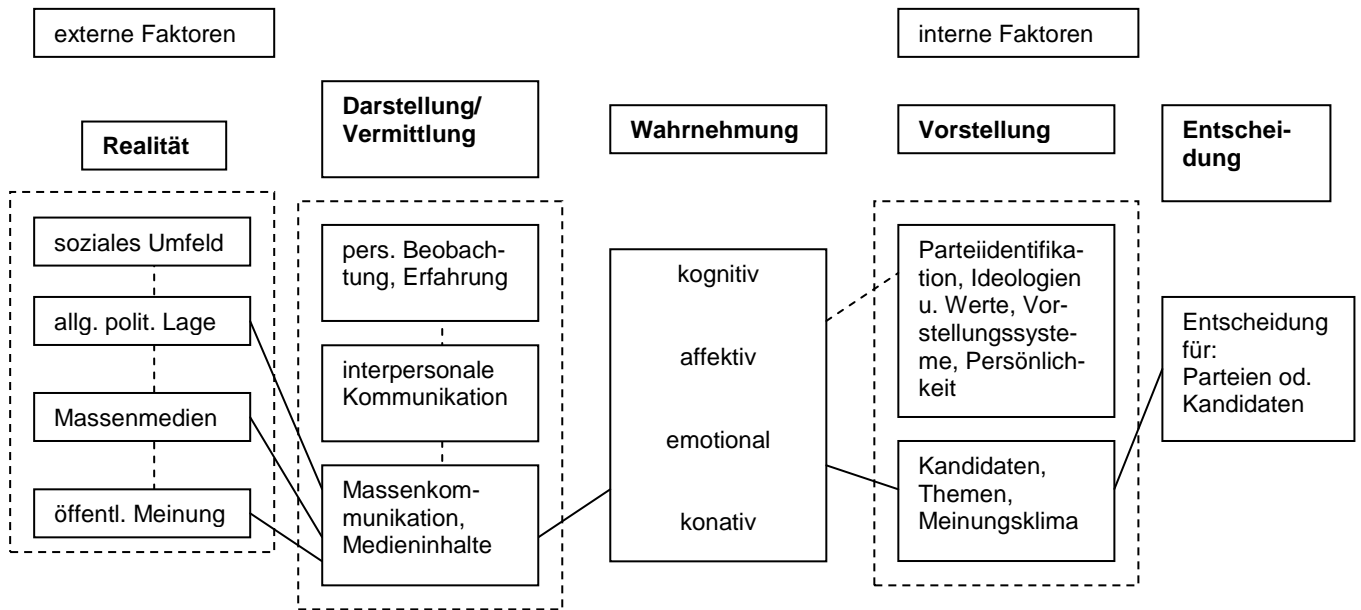
7.15 Dimensionen des „candidate voting“

		Bewertungsobjekte	
		Parteien	Spitzenkandidaten
Bewertungsdimensionen	Themenkompetenz	Problemlösungskompetenz in verschiedenen Politikfeldern	Problemlösungskompetenz in verschiedenen Politikfeldern
	Integrität	Vertrauenswürdigkeit, Verlässlichkeit, Ehrlichkeit	Vertrauenswürdigkeit, Verlässlichkeit, Ehrlichkeit
	Leadership Qualitäten	Entscheidungsfähigkeit, Geschlossenheit, Koordination	Entscheidungsfreude, Führungsstärke
	Unpolitisches	„Frische“, Originalität	Sympathie, Ausstrahlung

7.16 Wählerorientierte Perspektive der Wahlentscheidung



7.17 Medieninhalte und Wahlentscheidung



7.18 Politikvermittlung und Wahlentscheidung

	Entscheidungsprämissen			
	Entscheidungsobjekte Politische Lage	Vermittlung, Medienbericht- erstattung	Entscheidungs- subjekte, Wähler	
Entscheidungsmechanismen	Kandidaten- Image	herausragende Politiker- persönlichkeiten, Sach- fragen nicht im Mittel- punkt	intensive Berichterstat- tung über Kandidaten, die für Parteien u./o. Kandidaten nützlich oder schädlich sein kann	keine oder nur schwache Parteiidentifikation, bei vorhandener Parteiidenti- fikation Übereinstimmen mit Kandidaten- Orientierung, ausreichen- de politische Kompetenz
	Issue- Orientierung	herausragende Sachfra- gen: Differenzierung in Kompetenz/Position, Kandidaten nicht im Mit- telpunkt	intensive Berichterstat- tung über politische Sachfragen, die für Par- teien u./o. Kandidaten nützlich oder schädlich sein kann	keine oder nur schwache Parteiidentifikation, bei vorhandener Parteiidenti- fikation Übereinstimmen mit Issue-Orientierung, bessere politische Kom- petenz
	öffentl. Meinung	stark moralisch geladene Themen/Kandidaten	Information über Mei- nungsverteilung in der Gesellschaft, Darstellen der Entwicklung des Mei- nungsklimas	Persönlichkeit, Zugehö- rigkeit zu Meinungs-lager, ausreichendes politisches Interesse

8. Dealignment und Zerfall der Parteibindungen

8.1 Das Konzept „Dealignment“

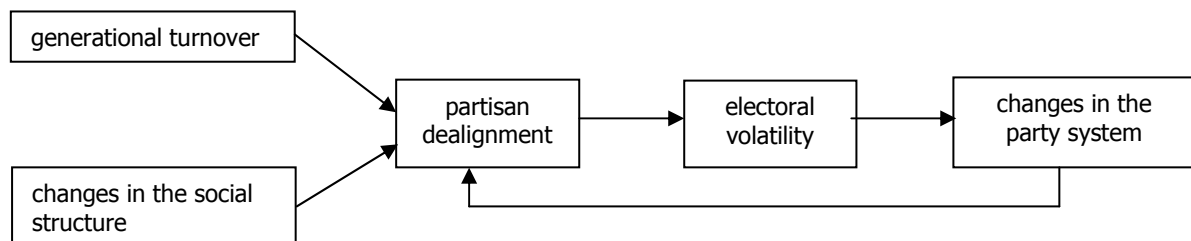
Dealignment

1. Entkoppelung von sozialen Schichtmerkmalen und Wahlverhalten (structural or social dealignment)
2. Decline of party identifications (Erosion affektiver Parteibindungen)
3. Distanzierung vom traditionellen Parteiangebot

2 Dealignment-Thesen

- a) Dealignment als transitorische Phase „fragmentation-realignment“ Modell
- b) Dealignment als anhaltendes Wandlungsmuster „functional theories of dealignment“

8.2 der Dealignment-Prozess



8.3 Parteibindungen und Dealignment in Österreich

Hatten in den fünfziger und sechziger Jahren noch ca. drei Viertel der österreichischen Wahlberechtigten eine stabile Bindung zu einer politischen Partei, wies Ende der neunziger Jahre nur mehr die Hälfte der Wahlbeteiligten eine langfristige gefühlsmäßige Neigung zu einer bestimmten Partei auf. Im Vergleich zur Mitte der siebziger Jahre hatte sich der Anteil von Personen mit einer starken Parteibindung halbiert. Halbiert hatte sich auch der Anteil an eingetragenen Parteimitgliedern, wie insgesamt die organisatorische Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit der österreichischen Traditionsparteien teilweise dramatisch abgenommen hat. Demotivation, mangelnde Anreize und eine seit den achtziger Jahren deutlich parteienkritischer eingestellte Öffentlichkeit demobilisierten die Parteianhängerschaften. In Österreich lassen

sich vier Phasen der Erosion affektiver Parteibindungen unterscheiden, denen jeweils spezifische Ursachen zugeordnet werden können.

Die **erste Phase**, die den Zeitraum von den späten 60er Jahren bis Ende der 70er Jahre einschließt, kann als strukturelle Abschwächung traditioneller Parteiloyalitäten bezeichnet werden. Der sozioökonomische Wandel (Rückgang der Agrarquote, erhöhte regionale und berufliche Mobilität, Industrialisierung und Suburbanisierung ehemals ländlicher Regionen) sowie die Modernisierung der Produktionsstrukturen (Rückgang der traditionellen Industriearbeiterschaft, Rückgang der Einzelhandels- und Kleingewerbebetriebe, Anwachsen des Dienstleistungssektors, des öffentlichen Sektors wie der neuen Mittelschicht aus der Angestelltenschaft) haben nicht nur die soziale Wählerbasis der großen Parteien nachdrücklich verändert, sondern auch zu einer Abschwächung traditioneller Parteiloyalitäten und vormals stabiler Wähler-Partei-Bindungen geführt. In dieser ersten Phase hatte das Dealignment den Charakter eines politischen Säkularisierungsprozesses und konzentrierte sich auf Personen mit nur mäßiger oder schwacher Parteidentifikation.

Die **zweite Phase** des Dealignment setzte in den späten 70er Jahren ein und erstreckte sich bis Mitte der achtziger Jahre. Die Phase kann als affektives Dealignment bezeichnet werden. Im Verlauf der 80er Jahre kam es in Österreich zu einer Zunahme genereller Verdrossenheit über die politischen Parteien und einem scharfen Anstieg der Parteien- und Elitenkritik in Form emotional aufgeladener anti-politischer Reflexe und Ressentiments. Verstärkt durch eine Serie politischer Skandale, Unzufriedenheit mit der Performanz der Regierungsparteien und das Herauskristalisieren neuer Konfliktlinien (ökologischer cleavage), nahm die Bereitschaft zur Identifikation mit einer bestimmten Partei deutlich ab. Die politische Kultur veränderte sich in Richtung einer Wählerprotestkultur, die vor allem die dritte Phase des Dealignment bestimmen sollte.

Zwei Faktoren standen in der **dritten Phase** hinter dieser Dynamik. Es war dies erstens die Neuaufgabe der großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP (1987), die zu einer weiteren Schwächung traditioneller Parteiloyalitäten beitrug, da sie als oversized coalition oppositionelle Reflexe stimulierte wie den Eindruck der mangelnden Unterscheidbarkeit zwischen den Regierungsparteien verstärkte. Der zweite Faktor kann auf einen strategischen Akteur – die rechtspopulistische FPÖ – zurückgeführt werden, der latente Protesthaltungen in der Wählerschaft gezielt verstärkte, neue Spannungslinien in der Gesellschaft noch stärker polarisierte, brisante bzw. ressentimentgeladene Themen (Immigration, Kriminalität) bewußt zuspitzt und insgesamt eine Politik des strategischen Affekt-Management betrieb. Konsequenzen dieser dritten Phase des Dealignment waren nicht nur ein fortschreitender Zerfall traditioneller Parteibindungen, erhöhte Mobilität und Wechselbereitschaft, sondern auch eine substantielle Schwächung der Kernwählerschichten der beiden Traditionsparteien, die – anders als in der ersten Phase – voll von der Erosionsdynamik erfasst wurden.

Die **vierte Phase** setzte nach dem Regierungs- und Koalitionswechsel 2000 ein. Polarisierung, Blockbildung und oppositionelle Reflexe führten zu einer erhöhten Identifikationsbereitschaft. Der Anteil von Personen mit einer starken, expressiven Parteineigung stieg von 16 % (1999) auf 22 % (2009) und er-

reichte 2006 mit 26 % Werte wie in den frühen 80er Jahren. Die erhöhte Identifikationsbereitschaft konzentrierte sich aber im Kern auf parteitreue Stammwählerschichten, während sich gleichzeitig die Wechselbereitschaft parteiungebundener Wählerschichten in der vierten Phase weiter erhöhte. Bereits 60 % der österreichischen Wahlberechtigten konnten 2006 als gelegentliche Wechselwähler bezeichnet werden.

Indikatoren der Parteiloyalität 1969 - 2006

Jahr	Parteiidentifikation	Starke Identifikation	Starke Parteibindung	Konsistente Stammwählerschaft	gelegentl. Wechselwähler	Parteiwechsler	Late Deciders	Parteimitglieder
1969	75		65					23
1972			61	76	8			23
1975	65	30	61			3		
1979	63		56	66	16	7	9	22
1983	61	27	47			10	8	
1986	60	21	39			16	16	23
1990	49	19	34	58	26	17	14	18
1994	44	12	31			19	18	15
1995	49	13	28	44	44	22	21	
1997	47	15	28	46	44			
1999	51	16	26	43	46	18	20	
2002	55	22	25	41	53	24	23	15
2006	53	26	29	35	60			12

Die skizzierten Phasen der Dynamik der Parteibindungen in Österreich lassen sich aus der Tabelle oben rekonstruieren, die über Indikatoren der Parteiloyalität der öst. Wahlbevölkerung informiert und den Zeitraum 1969 bis 2006 abdeckt. Noch in späten sechziger Jahren identifizieren sich $\frac{3}{4}$ der Wahlberechtigten mit einer bestimmten politischen Partei, wobei sich die Parteibindungen auf eine weitgehend intakte Einbindung in sozioökonomische Berufslagen und deren Interessensvertretung, politisch-moralische Milieus, kulturelle Deutungsmuster, politische Symbolwelten und deren organisatorische Netzwerke (Lagerkulturen) abstützte. Der in den frühen 70er Jahren einsetzender gesellschaftliche Modernisierungsschub führte zu einer zunächst moderaten graduellen Abschwächung traditioneller Parteibindungen. In den frühen 80er Jahren näherte sich die Parteiidentifikation schrittweise der 60 % - Marke. Bemerkenswert war dabei weniger der insgesamt moderate Rückgang der Parteiidentifikationen insgesamt als die Abschwächung der Stärke vorhandener Parteibindungen. In den späten 80er Jahren verschärfte sich die Erosion bestehender Parteibindungen. Das Jahr 1994 markiert den bisherigen Höhepunkt einer partei-distanten Wählerprotestkultur und des Zerfalls traditioneller Parteibindungen. Mitte der 90er neigten nur mehr 44 % der öst. Bevölkerung einer bestimmten Partei auch gefühlsmäßig zu. Der Anteil der Wahlberechtigten mit einer starken Parteibindung sank auf nur mehr 12 %.

In den folgenden Jahren stabilisierte sich die Parteiidentifikation auf Werte knapp bei 50 %, was weniger auf eine Restabilisierung der Bindungen zu einer der ehemaligen Großparteien SPÖ und ÖVP zurückzuführen war, sondern mit der Neustrukturierung der Wählerorientierungen und der wahlpolitischen Attraktivität dritter und vierter Parteien, insbesondere der FPÖ im Zusammenhang steht. Die veränderte politi-

sche Wettbewerbssituation, ein zunehmend polarisierter Konkurrenzraum und ein sektorales Realignment der österreichischen Wählerschaft, bei dem sich insbes. jüngere, überdurchschnittlich qualifizierte Frauen vom Themenangebot der Grünen bzw. des Liberalen Forums angezogen fühlten, während insbes. jüngere, männliche Facharbeiter und enttäuschte Protestwähler von der FPÖ mobilisiert wurden, äußerte sich in einer erhöhten Identifikationsbereitschaft der öst. Wähler. Der Regierungs- und Koalitionswechsel im Februar 2000 führte zu einer partiellen RE-Mobilisierung der Anhängerschaften von ÖVP und der nun in Opposition befindlichen SPÖ.

Die sektorale Re-Stabilisierung der Parteibindungen, was affektive Orientierungen der öst. Wahlberechtigten betrifft, hat sich aber bislang nicht auf die Ebene der Verhaltensbereitschaften übertragen. Der %-Anteil der Wähler, die bei Wahlen ihrer Partei treu blieben, selbst wenn sie mit einzelnen Personen oder Positionen unzufrieden sind, beträgt nur knapp 30 %. Auch unter den neuen parlamentarischen Kräfteverhältnissen und verschärften Konflikten zwischen dem Regierungs- und dem Oppositionsblock beschränkt sich das berechenbar loyale Kernwählerpotential der österreichischen Parlamentsparteien auf nur ein Viertel der öst. Wählerschaft. Vor 30 Jahren zählten rund 60 % des Elektorats zur Kernwählerschaft einer der Parteien.

Der Zerfall traditioneller Parteibindungen war am stärksten unter den Angehörigen der jüngeren Wählergeneration wie unter der Arbeiterschaft. Zwischen 1976 und 2006 ist die Parteiidentifikation bei den unter 30-Jährigen um 16 % und unter Arbeitern um 20 % zurückgegangen. Stehen hinter der rückläufigen Identifikationsbereitschaft jüngerer Wähler veränderte politische Orientierungen und Werthaltungen, im Kern ein qualitativ neues informell-expressives Politikverständnis, berührt der Zerfall traditioneller Parteibindungen unter der Arbeiterschaft Repräsentationsdefizite, gesellschaftliche Marginalisierungs- und Modernisierungängste wie generalisierte und vielfach ressentimentgeladene Protestorientierungen. Sowohl der Auszug der jüngeren Wählergeneration aus einer auf dauerhafte Bindungen abgestützten politischen Integrationskultur wie die demonstrative Abkehr enttäuschter Arbeiter von einer Identifikation und Einbindung in traditioneller Milieus und Deutungskulturen sind mittelbare Konsequenzen der gesellschaftlichen Modernisierung.

Unverändert ist die Bereitschaft zur gefühlsmäßigen Bindung an eine bestimmte Partei besonders ausgeprägt unter Landwirten, Selbständigen und Angehörigen der älteren Wählergeneration, d.h. bei Personen, die entweder aufgrund ihrer beruflichen Situation in einem Naheverhältnis zu einer Partei stehen bzw. aufgrund ihres fortgeschrittenen Lebensalters über längere Zeit von der traditionellen Integrationskultur der österreichischen Nachkriegsdemokratie geprägt wurden. In diesen Bevölkerungsgruppen ist auch die Intensität der Parteibindungen über-, die Bereitschaft zum Parteiwechsel hingegen unterdurchschnittlich. Rund 2/3 identifizieren sich nicht nur mit einer bestimmten Partei, sondern zählen auch zum Kern- und Stammwählerpotential der betreffenden Parteien. Eine vergleichsweise geringe Identifikationsbereitschaft weisen hingegen Angehörige der jüngeren Wählergeneration und Angehörige der österreichischen Arbeiterschaft auf. Die überwiegende Mehrheit dieser Bevölkerungsgruppen steht dem Parteiangebot gefühlsmäßig distanziert gegenüber. Falls eine Parteiidentifikation besteht, ist diese nur schwach ausgeprägt. Nur

jeweils 1/3 weist eine habitualisierte, grundsätzliche Parteineigung auf. Weniger als 50 % zählen zum Stamm- und Kernwählerpotential einer bestimmten Partei. Die Mehrzahl kann dem fluktuierenden Wechselwählerpotential zugerechnet werden, von dem sich ein nennenswerter Anteil aus jüngeren berufstätigen Frauen die jüngeren, männlichen Facharbeiter zusammensetzt.

Vom fortschreitenden Dealignment wurde auch die organisatorische Integrationsfähigkeit der politischen Parteien deutlich in Mitleidenschaft gezogen. Waren Ende der 60er Jahre 28 % der öst. Wahlberechtigten Parteimitglieder sind es 2006 nur mehr 12 %. Innerhalb von 30 Jahre hat sich der %-Anteil eingetragener Parteimitglieder mehr als halbiert. Der Rückgang der Parteimitgliedschaft war im Zeitverlauf am ausgeprägtesten unter Männern und Angehörigen der jüngeren Wählergeneration. Waren vor 30 Jahren noch 23 % der unter 30-Jährigen eingetragenen Mitglieder einer politischen Partei, waren es 2006 nur mehr 4 %. Die abnehmende Attraktivität einer organisatorischen Bindung an eine politische Partei hat den Trend zur Überalterung der Mitgliederstöcke der Parteien verschärft. War vor 25 Jahren rund 1/5 der Parteimitglieder älter als 60 Jahre, sind 2006 bereits rund 40 % der Parteimitglieder über 60. Diese auch in den Nachbarländern feststellbare Überalterung der Mitgliederstöcke geht zu Lasten der Mobilisierungsfähigkeit der Parteiorganisationen. Nur rund 1/4 der Parteimitglieder können als Parteiaktivisten bezeichnet werden und leisten für ihre Partei insbes. in Wahlkämpfen aktive Kommunikations- und Überzeugungsarbeit. Rund die Hälfte der öst. Parteimitglieder verhält sich auch in Wahlkampfzeiten passiv.